

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 8. November 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Scharfmachermärchen als Anklageschrift.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements in die Postzeitung eingeschrieben. Unter Vorbehalt für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark für das dritte Ausland 8 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interims-Gebühr
Betragt für die sechsgegliederte Kolonelle oder deren Mann 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besamnungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stehengebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Die reaktionäre Presse hat die Lösung ausgegeben, daß der „Aufbruch“ in Moabit das Werk sozialdemokratischer Deter oder zum mindesten der Ausfluß sozialdemokratischer Verheugung gewesen sei. Und alle Scharfmacher haben seit Wochen diese ebenso törichte wie perfide Verleumdung tagtäglich wiederholt. Da ist es schließlich kein Wunder, daß sich diese struppelofester politischer Gehässigkeit entsprungene Auffassung auch allmählich in den Köpfen solcher Leute eingenistet hat, die, ohne politisch unmittelbar interessiert zu sein, doch den reaktionären Anschauungen sehr nahe stehen.

Daß die Staatsanwaltschaft, die die Anklage in Sachen Moabit zu erheben hatte, im Grunde ihres Herzens durch die scharfmacherischen Legenden beeinflusst werden würde, war von vornherein anzunehmen. Man weiß ja, aus welchen Kreisen sich unsere Staatsanwälte rekrutieren, man weiß, daß sie mit politischen und sozialen Vorurteilen, die sich aus ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer politischen Zugehörigkeit ergeben, förmlich imprägniert sind. Es hätte uns also nicht gewundert, wenn sich die vorgefaßte Meinung des Staatsanwalts im ganzen Aufbau der Anklage kundgegeben, wenn sie hier und da durch die Zeilen hindurchgeblitzt hätte. Die Staatsanwaltschaft ist ja bei uns bekanntlich die „objektivste Behörde der Welt“; allein man kann eben von einem Menschen nichts Uebermenschliches verlangen. Man kann von Trägern einer Institution, die sich berufen fühlt, „Thron und Altar“ und die geheiligte kapitalistische Ordnung zu schützen, nicht erwarten, daß sie für das Wesen und die kulturelle Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung wirkliches Verständnis aufzubringen vermögen.

Aber das hätte man, wenn auch nicht vom sozialen Verständnis, so doch von der selbstverständlichen Klugheit der Staatsanwaltschaft erwarten sollen, daß sie bei der Abfassung der Anklageschrift sich nicht von vornherein in der auffälligsten Weise auf die Seite der Unternehmer schlagen würde. Man hätte erwarten sollen, daß sie nicht von vornherein völlig unbesehen die haltlosesten und tendenziösesten Verdächtigungen gegen die gewerkschaftliche und politische Vertretung mehrerer Millionen deutscher Arbeiter erheben würde! In Wirklichkeit hat indes die Staatsanwaltschaft in ihrem unbegreiflich blinden Eifer, der staats-erhaltenden Scharfmacherhege zu nützen, all und jedes Gebot der Klugheit außer acht gelassen. In Wirklichkeit hat sie eine Anklageschrift zustande gebracht, die sich liest wie ein ungeheurer Abklatsch aus einem reichsverbändlerischen Pamphlet! Daß wir nicht übertreiben, sei folgende Beweisen!

Der be-rühmte Nachtrag zur Anklageschrift, der die ganze Anklage aufs politische Gleise zu schieben und der proletarischen Massenbewegung die moralische Verantwortung für alle in Moabit, sei es in Wirklichkeit begangenen, sei es auch nur in der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Phantastie existierenden Ergebnisse aufzubürden sucht, beginnt mit einer breiten Schilderung der Lohnstreitigkeiten bei der Firma Kupfer u. Co. Diese Darstellung soll offenbar dem Zwecke dienen, einen Zusammenhang zwischen der Streikleitung und dem „Aufbruch“ herzustellen. Dieser freundliche Versuch glückt natürlich vollständig daneben. Nicht einen Anhaltspunkt vermag die Anklageschrift dafür beizubringen, daß der Transportarbeiter-Verband irgend welche Schuld an den Zusammenstößen trägt.

Für die Zwecke der Anklagebehörde erscheint dieser Teil der Anklageschrift also vollständig überflüssig und zwecklos. Dagegen beweist er die geradezu trasse Parteilichkeit der „objektivsten Behörde“. Denn unvorstellbar — um uns keines deutlicheren Ausdrucks zu bedienen — läßt sich gar nicht die Sache des Unternehmertums führen, als es in diesem Teil der Anklageschrift geschehen ist. Dabei in einer Sache, die die Anklagebehörde aber auch in aller Welt nicht das allergeringste angeht. Denn was schert die Anklagebehörde der Umstand, ob bei der Lohnstreitigkeit das Recht auf der Seite der Firma Kupfer oder der der Arbeiter lag. Aber die Staatsanwaltschaft wollte offenbar von vornherein nicht den leisesten Zweifel darüber lassen, daß sie „voll und ganz“ und unbedingt jederzeit die Partei des Unternehmertums zu nehmen sich verpflichtet hält. Und dieser Beweis ist ihr in der Tat glänzend gelungen!

Die Anklageschrift erzählt, aus welchen Forderungen der Arbeiter sich die Differenzen mit der Firma Kupfer entsponnen haben. Zum Streik, so schildert sie die Situation, sei es schließlich deshalb gekommen, weil in der fraglichen Versammlung der beteiligten organisierten Arbeiter der Verband geäußert worden sei, die Firma wolle die Verhandlungen verschleppen (so dürfte ja wohl in verständliches Schriftdeutsch der staatsanwaltschaftliche Ausdruck „hinterziehen“ zu übertragen sein) und später mit Entlassungen vorgehen. Selbstverständlich ist die Anklagebehörde davon überzeugt, daß die Firma Kupfer an so etwas gar nicht gedacht habe. Das Unternehmertum erscheint ihr hier wie überall in schloßblütigster Unschuld, während den Vertretern der Arbeiter-schaft natürlich von vornherein stets das schlimmste zuzutragen

ist. Wird doch in der Anklageschrift behauptet, daß die Verbandsleitung in der Versammlung das Schreiben der Firma Kupfer nicht ganz vorgelesen zu haben scheine (!), weil sie den Streik auf jeden Fall haben wollte!

Eine wunderbare Objektivität der objektivsten Behörde! Aber es kommt noch viel besser. Die Anklageschrift berichtet weiter, daß am 9. September 113 Arbeiter und 33 Kupfer in den Streik eingetreten seien. Am 26. September habe der Transportarbeiter-Verband der Firma Kupfer die Absendung von Vertretern zum Zwecke einer Einigung angeboten. Diese Tatsache vertritt sich sehr schlecht mit der Behauptung, daß die Verbandsleitung auf jeden Fall den Streik gewollt habe. Aber das nur nebenbei. Ihre Objektivität bezeugt die Anklageschrift weiter durch folgenden Satz:

„Hierauf konnte die Firma nicht eingehen. Sie wollte zunächst auf keinen Fall mit dem Transportarbeiter-Verband verhandeln und wurde hierbei von anderen Arbeitgebern unterstützt, da die Einleitung des Streiks ergab, daß dieser vom Verband inszeniert war, um seine Macht zu erproben.“

Wohlgemerkt, das steht nicht etwa in einem Reichsverbandspamphlet oder in einem Zirkular der beteiligten Unternehmergruppe, sondern in der Anklageschrift! Aber es kommt noch besser! Ein paar Reihen weiter heißt es, daß die Firma auch zu einer Erhöhung der Löhne völlig außerstande gewesen sei, da eine solche ihre Konkurrenzfähigkeit auf das Äußerste gefährdet haben würde. Das wird nicht etwa als die einseitige Angabe der Firma Kupfer wiedergegeben, sondern als die ganz selbstverständliche und unerschütterliche Uebersagung der Staatsanwaltschaft! Und wieder ein paar Reihen weiter wird erzählt, daß die Firma Aufforderungen zu Einigungsverhandlungen seitens des städtischen Einigungsamts und des Oberbürgermeisters Kirchner ablehnen „mußte“, weil sie sich damit — zur Unterwerfung unter den Schiedspruch hätte bereit erklären müssen!

Wenn sich ein junger Anfänger in Posemüchel in seiner Raubritzt zu solch ungläublicher Parteinarbeit zugunsten des Unternehmertums hätte verleiten lassen, so wäre das ja immerhin schon ein starkes Stück gewesen. Daß aber eine Berliner Staatsanwaltschaft etwas Derartiges in eine Anklage hineinzuschreiben vermag, das verrät denn doch eine so ungläubliche Befangenheit in sozialen Vorurteilen, wie man sie kaum noch, um mit Herrn Koeren zu sprechen, einem „grünen Assessor“ zutrauen sollte.

Nachdem so die Anklageschrift einen lieblichen Borge-schmack von dem gegeben hat, wessen sie an sozialpolitischer Kurzsichtigkeit fähig ist, beginnt sie das schwerste Geschäft gegen die Organisationen der modernen Arbeiterkraft aufzuführen. „Zahrelange systematische sozialdemokratische Verheugung“ ist es, die die Masse zur „Niederknüpfung der Arbeitswilligen“ und zur Entladung ihres „Hasses gegen die Polizeibeamten“ anreizte. Die „organisierte Erbitterung“ gegen alle nicht zur Gewerkschaft gehörenden Arbeiter und Arbeitswilligen hat in erster Linie die schweren Ausschreitungen verursacht. Ja, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften tragen nach der Staatsanwaltschaft nicht nur die moralische Verantwortung für die Niederknüpfung der Arbeitswilligen und die Angriffe auf die Polizisten, sondern sogar für die Bedrohung des Pastors Schwedel, der sich nach der polizeilichen Darstellung am Montag, dem 26. September, vor der Menge in sein Haus flüchten mußte. Speziell der „Vorwärts“ soll den Angriff gegen den Pastor auf dem Gewissen haben! Denn, heißt es in der Anklageschrift, nur der fanatische Haß, mit dem der „Vorwärts“ alles, was mit der Kirche und ihren Einrichtungen zusammenhängt, verfolgte, könne in sonst friedlich gesinnten Arbeitern eine solche Erbitterung schaffen, wie in der Verfolgung des Pastors Schwedel fast explosiv zutage getreten sei.

Es macht sich sehr hübsch, daß gerade dieser Beweis staats-anwaltschaftlicher Sachkenntnis und Objektivität den Schluß der staatsanwaltschaftlichen Expektorationen bildet, und damit zeigt, daß die ganze Anklageschrift aus dem Geiste scharfmacherischer Jwanavorstellungen heraus geboren ist.

Die Verhandlungen des Prozesses selbst werden ja ausreichend Gelegenheit geben, in die Tiefe der staatsanwaltschaftlichen Füghe und die Oberflächlichkeit des staatsanwaltschaftlichen Anklagematerials gründlich hineinzuleuchten. Für heute sei nur noch auf ein Moment hingewiesen. Die Anklageschrift glaubt auf die Schwere der Vergehen der Angeklagten aus einem Vergleich zwischen den Verlusten der Schutzmannschaft und denen der „Tumultuanten“ folgern zu können. Bezeichnend sei, daß von den 400 Schutzleuten etwa 50 verwundet worden seien, von den sicher auf 10 000 zu berechnenden „Tumultuanten“ kaum 150. Diese Tatsache aber behauptet, daß das zielbewusste und strenge Vorgehen der Polizei durchaus erforderlich gewesen sei, um den

Widerstand der Masse zu brechen und die gefährdeten Stadtteile vor der Wut der Menschen zu schützen“. Wir wollen mit der Anklagebehörde nicht darüber rechten, daß sie nur 400 Schutzleute in Betracht zieht, dagegen 10 000 Tumultuanten. Ebenso gut hätte sie ja auch 20 000 oder 50 000 „Tumultuanten“ „berechnen“ können. Aber das eine wollen wir doch feststellen. Gerade nach den spezialisierten Angaben der Anklageschrift sind so gut wie sämtliche Verletzungen von Schutzleuten bis zum 26. September einschließlich vorgekommen! Bis dahin wurden nämlich von den etwa 50 verletzten Schutzleuten 49 verletzt, davon am Montag, dem 26. September, allein 39. Und wenn die Anklageschrift an einer anderen Stelle erklärt, daß an dem Aufbruch kein Janhagel beteiligt gewesen sei, da fast ausschließlich kleine Handwerker, Fabrik- und Lohnarbeiter verhaftet und unter Anklage gestellt worden seien, so wollen wir nur darauf hinweisen, daß nach den polizeioffiziösen Darstellungen in der Presse an dem Krawall am Montag, dem 26. September, ausschließlich „Janhagel“, Zuhälter, Dirnen und sonstiger „Abscham der Bevölkerung“ beteiligt gewesen sind! Wenn trotzdem nur anständige Arbeiter auf der Anklagebank erscheinen, so wohl nur deshalb weil man an dem Montag der wirklichen Exzedenten nicht habhaft werden konnte und man in Ermangelung solcher Exzedenten an den folgenden Tagen harmlose Straßenpassanten verhaftet hat, die man ohne Wahl aus den Haufen der Niedergeknüppelten und Niedergesäbelten herausgriff! Daß aber am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag der Moabiter Wode von Angriffen auf die Polizei gar keine Rede mehr sein konnte, geht ja aus der von der Staatsanwaltschaft mitgeteilten Verurteilung der Polizei selbst hervor! So verwandelt sich bei näherem Zusehen die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in ein durchschlagendes Zeugnis gegen die Anklage der objektivsten Behörde der Welt.

In welcher unglaublich läppischer und frivoler Weise aber inzwischen die Scharfmacherhege fortgesetzt wird, beweist folgende famose Notiz in einer Anzahl bürgerlicher Blätter:

Drohbriefe im Moabiter Krawallprozeß. Der Moabiter Krawallprozeß, der, wie gemeldet, am Mittwoch dieser Woche vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber seinen Anfang nimmt, hat ein bemerkenswertes Vorpiel gezeitigt. Bekanntlich ist die Berliner Staatsanwaltschaft mit Erfolg bemüht gewesen, den Miesprozeß gerade vor die dritte Strafkammer zu bringen, da Landgerichtsdirektor Lieber in dem Rufe steht, ein besonders energischer Richter zu sein. Herrn Lieber sind nun in den letzten Tagen zahlreiche Drohbriefe zugegangen. Diese sprechen sich übereinstimmend dahin aus, daß Herr Lieber mit der Uebernahme des Moabiter Krawallprozesses sein Leben aufs Spiel setzen würde. Man werde, wenn er nicht vorher zurücktrete, das Kriminalgerichtsgebäude demolieren, bezw. sogar in die Luft sprengen. Landgerichtsdirektor Lieber hat sämtliche Briefe sofort dem königlichen Polizeipräsidenten übermittelt.

Diese Mitteilung stammt, wie aus der „Deutschen Journalpost“ ersichtlich, von der Polizei selbst! Wird doch in dieser Korrespondenz weiter gemeldet, daß die Polizei „aus Anlaß der Drohbriefe folgende Vorkehrungen getroffen“ habe:

Vom ersten Tage der Verhandlungen des Moabiter Prozesses ab wird das neue Kriminalgerichtsgebäude in seiner ganzen Ausdehnung durch Polizeifordons abgesperrt werden. Alle drei Portale des imposanten Hauses werden mit je drei Schutzleuten in Uniform und mehreren Kriminalbeamten in Zivil besetzt werden. Der Eintritt zu der Verhandlung ist nur den Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern oder den mit Zeugenladungen oder besonderen Eintrittskarten versehenen Personen gestattet. Eine besondere Aufmerksamkeit wird die Polizei außerdem den 426 Zeugen zuwenden, die zu dem Prozeß geladen sind und unter denen viele bisher unentdeckte geliebene Teilnehmer an den Kra-wallen vermutet werden.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß Herr Lieber die famosen Drohbriefe ernst genommen und die Maßnahmen sowie die Publikation veranlaßt haben könnte. Liegt es doch auf der Hand, daß solche Briefe entweder von Spahvögeln oder Uebergeknäppelten oder aber nur von — Wodspüßeln geschrieben sein können. Auf diese Spitzel-freilich sollte die Polizei ein wachsames Auge haben. Ist es doch von den Wahlrechtsdemonstrationen her bekannt genug, daß sich Polizeifrautoren geradezu als Agents provocateurs aufgespielt haben.

Wenn übrigens in der von der Polizei inspirierten Notiz der „Deutschen Journalpost“ die Vermutung ausgesprochen wird, daß die Polizei unter den 426 Zeugen „viele noch unentdeckte geliebene Teilnehmer an den Kra-wallen vermutet“, so nehmen wir an, daß damit keineswegs ein Versuch zur Bedrohung und Einschüchterung der Zeugen gemacht werden, sondern lediglich der Meinung Ausdruck gegeben werden sollte, daß sich unter den von der Polizei aufgetriebenen Zeugen eine erschreckliche Anzahl von Anklagegehilfen der Streikbrecherfirma Sinke befinden könnten!

Beweislose Behauptungen.

Im Anschluß an unsere Mitteilung in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ über die Auflösung der „Freien Jugendorganisation für die östlichen Vororte Berlins“ veröffentlichte wir heute die Verfügung des Lichtenberger Polizeipräsidenten im Wortlaut.

Der Polizeipräsident. Lichtenberg, den 4. November 1910. Tagd. Nr. 1, geh. 429/10. Alsred. Nr. 4.

Der Verein „Freie Jugendorganisation für die östlichen Vororte Berlins, Sitz Lichtenberg“ wird gemäß § 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 10. April 1908 aufgelöst, weil sein Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft.

Der Verein ist mit Rücksicht darauf, daß er für die Bestrebungen der Sozialdemokratie Propaganda macht, als ein solcher anzusehen, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Unter dem Vorwande, das geistige und sittliche Niveau der Jugend zu heben, die geistige und körperliche Ausbildung der Mitglieder sowie die wirtschaftlichen Interessen der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren und zu fördern, sucht der Verein unter der geistigen Leitung zielbewusster Sozialdemokraten die schulentlassene Jugend in die Anschauungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie einzuführen, um sie für die politische Partei der Sozialdemokratie später als Mitglieder zu gewinnen.

Da nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes Personen, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben, nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein dürfen und dies im § 18 Ziffer 3 mit Strafe bedroht wird, die freie Jugendorganisation der östlichen Vororte Berlins aber nach § 2 ihrer Satzungen nur Personen unter 18 Jahre als Mitglieder aufnimmt, so läuft der Zweck der freien Jugendorganisation den Strafgesetzen zuwider. Ihre Auflösung ist hiernach gerechtfertigt.

Sie werden daher in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß von jetzt ab jede weitere Vereinsaktivität eingestellt wird, widrigenfalls gegen Sie und die beteiligten Mitglieder mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen eingeschritten werden wird.

An Herrn Bruno Göhring Lichtenberg. gez. Retwald.

In diesem Dekret, das nach den ergebnislosen polizeilichen Hausdurchsuchungen erlassen wurde, stellt der Polizeipräsident Behauptungen auf, für die er den Beweis schuldig bleibt. Wann und wie hat je die Jugendorganisation für die Bestrebungen der Sozialdemokratie Propaganda gemacht? Wann und wo hat je die Jugendorganisation ihre Mitglieder in die Anschauungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie einzuführen versucht? Das kann nie bewiesen werden, weil es nicht wahr ist. Wozu aber auch Beweise? Der Herr Polizeipräsident behauptet es. Schramm! Fertig ist die Laube! Die Beweise bereiten ihm wenig Kopfschmerzen! Behauptet er doch weiter frisch und frei, daß die im Statut festgelegten Zwecke und Ziele des Vereins nur zum Vorwande dienen, um seinen eigentlichen politischen Zweck zu verschleiern.

Wenn auch ein Teil der älteren Mitglieder und des Vorstandes der Sozialdemokratie angehören, so kann daraus noch lange nicht gefolgert werden, daß der Verein politische Zwecke verfolgt. Trotz solcher und ähnlicher Behauptungen wird die freie Jugendbewegung sich weiter entwickeln und ausbreiten. Auch ohne feste Organisationsform wird sie durch ihr Wachstum beweisen, daß man eine Bewegung, die in den wirtschaftlichen Verhältnissen wurzelt, nicht durch Zwangsmaßnahmen aufhalten kann!

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

New York, 28. Oktober.

Noch selten war die Situation eine derart chaotische wie in dem gegenwärtigen, seinem Ende sich nahenden Wahlkampf. Die Parteienlinien zwischen Demokraten und Republikanern, die ja nie sonderlich scharf gezogen waren, sind vollständig verwischt. Hier treten die Demokraten als die Konservativen auf gegen die für das Kapital unheilvollen Neuerungen, welche die Republikaner angeblich planen, und gegen den „neuen Nationalismus“ Theodore Roosevelts, dort wieder kämpfen die Republikaner gegen die demokratische Partei, die am Althergebrachten rütteln will. Und beide überbieten sich förmlich in der Betonung der „Respektabilität“. Feste Grundzüge verleiht keine dieser beiden sogenannten großen Parteien. Ihr einziger Grundsatz ist die Grundlosigkeit, und ihr Ziel die öffentliche Krippe.

Das Haupt-Itzue, die Parole der diesjährigen Wahlen herauszuschälen, ist sehr schwierig. Finden doch am 8. November nicht nur die Wahlen zum nationalen Repräsentantenhaus statt, sondern auch die Wahlen zu einer Reihe von Staatslegislaturen und die Erklärung der Gouverneure (Staatsoberhäupter) vieler Staaten, und bei solchen Wahlen sprechen Momente mit, die bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus nicht in Betracht kommen.

Die Demokraten suchen hauptsächlich aus der derzeitigen Teuerung Kapital zu schlagen und ihr Schlußruf im Osten und Westen lautet: Revision des Zolltarifs und Aufhebung der Hauptzölle, durch welche die Teuerung entstanden ist. Etwas ist diese Parole nicht. Waren es doch Demokraten, die bei der Beratung des Payne'schen Zolltarifs bei einer ganzen Reihe von Positionen auf Erhöhung selbst der von den Republikanern vorgeschlagenen Zölle drangen und zum Teil auch durchsetzten. Auch die „Insurgenten“, jene Elemente der republikanischen Partei, die zumeist aus unbefriedigtem Amtshunger oder aus anderen rein materiellen Motiven sich gegen die Parteihefte auflehnen, gehen mit der gleichen Parole krebhen.

Neben dem Zolltarif spielt die Person Roosevelt und sein „neuer Nationalismus“ eine große Rolle. Daß ein Mensch wie Roosevelt, der sich als politischer Schwindler und durch und durch unehelicher Charakter entpuppt hat, überhaupt noch auf der politischen Schaubühne möglich ist und daß sich um ihn, wie beispielsweise im Staate New York, der Wahlkampf ausschließlich dreht, ist bezeichnend für den intellektuellen Tiefstand der amerikanischen Wähler, deren Oberflächlichkeit und mangelhafte politische Schulung. Das Roosevelt eigentlich will, vermochte noch niemand zu erründen. Er selbst weiß es wohl ebenfalls nicht. Im Westen ist er ein anderer als im Osten, in New York ein anderer als in Connecticut. Seine Reden sind voller Widersprüche. Gestern plädierte er für eine Erweiterung der Bundesvollmachten, heute sagt er das Gegenteil. Gestern schimpfte er über das Großkapital, um andern Tags zu erklären, daß das Kapital von ihm nichts zu fürchten hätte. Am widerwärtigsten aber erscheint Roosevelt, wenn er Moral im allgemeinen und Ehrlichkeit in der Politik im besonderen predigt und gegen die demokratische Partei mit dem Brustton der Ueberzeugung

den Vorwurf erhebt, daß sie von Wall Street ausgehalten wird. Ist doch noch allzu frisch in Erinnerung, wie gerade er seine Kandidatur mit den Hunderttausenden Dollars gefördert hat, die Wall Street zu seinem Wahlfonds beigetragen hat. Und was soll man von einem Manne halten, der den Zeitungsherausgeber Hearst als den Mörder Mc. Kinleys bezeichnet hat, neuer aber mit Hearst ein Bündnis zu schließen suchte. Wahrlich, Roosevelt hat durchaus keine Ursache, sich als den Erbhöcker der Gerechtigkeit, der Charakterfestigkeit und der politischen Gradheit hinzustellen. Womit indessen keineswegs gesagt sein soll, daß seine Behauptung unberechtigt sei, die demokratische Partei des Staates New York sei durch und durch korrupt, ihr Gouverneurskandidat Dix ein Arbeiterschänder (er läßt in seiner Tabakfabrik die Tagelöhner 13 Stunden arbeiten und zahlt die erbärmlichsten Löhne), und der gleiche Dix, der heute gegen die hohen Zölle wettet, hohe während der Tarifberatung vor der Kommission eine weitere Erhöhung der Zölle auf Tabak verlangt. Auch die Richtigkeit der Behauptung Roosevelts kann nicht abgestritten werden, daß Lammany Fall gerade dieses Jahr die anrüchlichsten Elemente, die ihre bisherige gesetzgeberische Tätigkeit zu Erpressungen aller Art ausnützen, wieder als Kandidaten aufstellte. Aber die Republikaner sind um keinen Deut besser. „Jeder Partei im Staat und im Bund und fast jedem Kandidaten habe ich im Auftrag der Metropolitan Straßenbahngesellschaft Geldzuwendungen gemacht“, erklärte Bree-land, ein Beamter der Gesellschaft, bei einer kürzlichen Untersuchung vor einem Legislaturausschuß in New York. Und aus dem Korruptionsfonds in Höhe von 500 000 Dollar, zur Verhütung der Annahme eines Anti-Kennwertengesetzes in New York erhielten, wie erst dieser Tage bekannt wurde, republikanische und demokratische Gesetzgeber reiche Gaben.

Angefaßt dieser Katzbalgerei um die in jeder Wahl erörterte Frage, auf welcher Seite die größeren und erfolgreicheren Banner sind, und angefaßt der notorischen Arbeiterfeindschaft der Republikaner und Demokraten — die Demokraten nominierten in New Jersey, Connecticut und Ohio ausgesprochene Gegner der Gewerkschaften — sollte eigentlich über die Stellungnahme der amerikanischen Gewerkschaften im jetzigen Wahlkampf Zweifel nicht existieren können. Leider ist dies durchaus nicht der Fall. Compers, der Präsident der American Federation of Labor, handelt wieder nach dem alten Grundsatz, daß die Arbeiter ihre „Freunde“ ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit belohnen müssen. Und diesem Grundsatz gemäß hält er Wahlreden, sofern es sich um Demokraten oder Republikaner handelt. Daß er sich in einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Briefe beiläufig zugunsten des Genossen Meyer London ausgesprochen hat, der im 9. Kongress-Distrikt in New York kandidiert, sei der Vollständigkeit halber beigefügt. Noch lebhaft in Erinnerung steht der kürzliche Beschluß der Eisenbahnerverbände, nur jene Kandidaten zu unterstützen, die sich zur Verpflichtung bequamen, im Falle ihrer Wahl keinen gegen Bahngesellschaften gerichteten Gesetzen ihre Zustimmung zu erteilen. Noch erbärmlicher haben sich jene Gewerkschaftsführer benommen, die wie in New York und andernorts Arbeiterparteien gründeten und jene Kandidaten indoskierten, die am meisten zahlten.

In bezug auf den Ausgang der Wahl geben sich die Demokraten zübersichtlichen Hoffnungen hin. Sie rechnen nicht nur auf eine Mehrheit im Repräsentantenhaus, sondern auch auf die Eroberung mehrerer Gouverneursstühle und auf Mehrheiten in verschiedenen Staatslegislaturen, die ihrerseits wieder die Vertreter zum Bundesrat zu wählen haben. Aber trotz der Teuerung, die ihnen sehr zustatten kommt, wie die Resultate eiliger Nachwahlen und der radikale Umfassung bei der allgemeinen Wahl im Staate Maine beweisen, werden die Demokraten ihre Bünnis kaum in den Himmel wachsen sehen. Seit Jahren herrscht die republikanische Partei; sie hat überall ein Heer von Kämmerlinhabern, deren Einfluß ein ganz gewaltiger ist. Für die Republikaner steht viel auf dem Spiele, sie werden deshalb in den letzten Tagen vor der Wahl noch alle Mienen springen lassen, um an der Macht zu bleiben. Obendrein ist die Vergangenheit der demokratischen Partei keine sehr vertrauensinspiringende. Die republikanische Partei durch die demokratische abzulösen, hieße vom Regen in die Traufe kommen. Daraus ist die Wahrheit der Wahrheit, die während der letzten Jahre um sich greift, erklärlich. Sie wird, sobald die anständigen Elemente tiefer in die Ursachen der Korruption unseres politischen Lebens eindringen, der sozialistischen Partei zugute kommen. Schon diesmal sind die Aussichten der Sozialisten, die allenthalben mit Energie den Wahlkampf führen, günstige. Und unseren Genossen in Wisconsin, die sich seit der Eroberung des Stadthauses in Milwaukee dank ihrer trefflichen Verwaltung das allgemeine Vertrauen errungen haben, dürfte es wahrscheinlich gelingen, am 8. November auch einen Vertreter ins Repräsentantenhaus zu schicken.

Mit besonderer Spannung sieht man dem Ausgang der Wahl im Staate Oklahoma entgegen, wo die Neger, die dort etwa 20 Prozent der Bevölkerung bilden, den Republikanern wegen ihrer zweideutigen Stellung in bezug auf das Negerstimmrecht die bisherige Gefolgschaft verlagern und den Sozialisten ihre volle Unterstützung zugesagt haben. Schon bei den letzten Wahlen war die Stimmenzahl der sozialistischen Partei in Oklahoma eine große. Galten die Neger, was sie versprochen, so sind am 8. November Ueberraschungen zu erwarten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November 1910.

Die Propaganda für die Reichswertzuwachssteuer. Zur Deckung der erhöhten Ausgaben des Reichs, besonders für die geplante Heeresvermehrung, sind neue Steuern nötig. Die Liberalen als Vertreter des mobilen Kapitals empfehlen für diesen Zweck eine neue Erbschaftsteuer; konservative und Zentrumsvertreter finden dagegen als Vertreter des ländlichen Grundbesitzes, daß die Reichswertzuwachssteuer sich weit besser zur Aufbringung neuer Reichseinnahmen eignet. Da die Konservativen und Liberalen fürchten, daß die Wünsche der Liberalen bei der Regierung Gehör finden könnten, und sie sich ohnehin in einer mißlichen politischen Lage befinden, so scheinen sie auf einen recht schlauen Kniff verfallen zu sein: nämlich die sogenannten christlich-nationalen Arbeiter und die kleinen Mittelständler zum Kampf für die Reichswertzuwachssteuer aufzurufen. Natürlich darf der Rufus nicht direkt durch die betreffenden Parteileitungen erfolgen; denn das würde die Sache entbullen. Das Arrangement der Versammlungen soll deshalb den Leitern der evangelischen, katholischen und sonstigen

nationalen Arbeitervereine überlassen bleiben, so daß das Verlangen nach der Reichswertzuwachssteuer als eine Forderung der Arbeiter erscheint.

Der Plan ist nicht so dumm. Er bietet den Konservativen und Liberalen die Gelegenheit, die Reichswertzuwachssteuer als nicht nur in ihrem, sondern auch als im Interesse der Arbeiterschaft und es kleinen Mittelstandes gelegen hinzustellen, sich als Verfechter der Wünsche der nationalen Arbeiter hinzustellen und als Arbeiterfreund aufzuspielen.

Fraglich ist nun, ob die sogenannten nationalen Arbeiter auf den Leim gehen würden. Die vorgestern Mittag (am Sonntag) im Jirkus Busch abgehaltene Versammlung beweist aber, daß sie tatsächlich bereit sind, den Leitern des blaueschwarzen Blocks die gewünschten politischen Dienste zu leisten.

Wir sind wiederholt für die Wertzuwachssteuer eingetreten, wenn wir sie auch nicht für „gerechter“ halten, als die Erbschaftsteuer; aber man sollte wirklich meinen, daß zurzeit die Arbeiter etwas Mühsameres zu tun hätten, als in Massenversammlungen unter patriotischem Hallo die Einführung neuer Steuern zu fordern. Sollte nicht der Protest gegen die hohen Lebensmittelpreise, das Verlangen der Aufhebung der Fleischverordnungen, die Forderung eines Wahlrechts, das dem Arbeiter eine bessere Vertretung seiner Interessen im preussischen Abgeordnetenhaus bietet, dem um seinen fargen Lebensunterhalt ringenden Arbeiter weit näher liegen, als die Erzielung großer Reichseinnahmen aus der Wertzuwachssteuer.

Das möchten sich auch die Macher der Veranstaltung gefast haben; denn sie hatten auf die Tagesordnung neben die Wertzuwachssteuer auch das großstädtische Wohnungswesen gesetzt; aber in Wirklichkeit beschäftigte sich nur Herr Rumm in oberflächlicher Weise mit der großstädtischen Wohnungsfrage, die anderen Redner: Herr A. Damschke, Herr Reichstagsabgeordneter Lehrens, Herr Geheimrat Adolf Wagner, beschränkten sich auf den Nachweis der steigenden Grundstückspreise und der Notwendigkeit der Wertzuwachssteuer.

Auf den Inhalt der Reden einzugehen, lohnt sich nicht, da die Redner nur Ostgefagtes wiederholten. Weit interessanter ist die Tatsache, daß die konservativen und ultramontanen Blätter über die Versammlung ellenlange Berichte bringen, während die im Dienste der Großindustriellen stehende „Post“ meint: „Mit allgemeinen Kundgebungen, wie die hier in Rede stehenden, fördert man daher in Wirklichkeit die Sache wenig, vielmehr gilt es im einzelnen sorgsam zu prüfen, wie die tatsächlich vorhandenen Bedenken überwunden werden können, so daß die Reichswertzuwachssteuer sich sachgemäß und in dem richtigen Verhältnis zwischen Ertrag und Kosten und Belastungen der Steuerzahler aufbauen läßt.“

Die künftigen Reichstagswahlen.

In der Wochenschau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird angenommen, daß bei den nächsten Wahlen die Stimmenzahl der Sozialdemokratie um 10 Proz. steigen werde. Unter dieser Voraussetzung würden erstlich bedroht sein 16 Wahlkreise (rund ein Drittel) der norddeutschen Volkspartei, 18 Kreise (über ein Drittel) der nationalliberalen Partei, 8 Kreise (etwa die Hälfte) der Wirtschaftlichen Vereinigung bzw. der Reformpartei, 13 Kreise (über die Hälfte) der freikonservativen Reichspartei und 13 (über ein Fünftel) der deutschkonservativen Partei. Von den Kreisen des Zentrums sind nur 6 (der sechste Teil) bedroht.

Den liberalen Parteien soll damit offenbar zu Gemüte geführt werden, daß sie am schärfsten bedroht sind, und deshalb allen Anlaß haben, einer Politik der Sammlung zuzustimmen. Die „Deutsche Tageszeitung“ malt noch schwärzer als wie das Organ des Kanzlers. Sie bemerkt nämlich zu dieser Rechnung: „Unseres Erachtens wird man nicht die Zahlen der Wahlen von 1907, die unter besonderen Umständen stattfanden, zum Vergleiche heranziehen dürfen, sondern die von 1903.“

Die Halle'sche Polizei vor Gericht.

In einem Artikel über die Verhaftung dreier Gemeindeführer auf offener Straße zu Halle, von denen zwei ihren Kollegen eine Versammlungseinladung überreicht hatten, war vom „Volkswort für Halle“ behauptet worden, daß die Halle'sche Polizei sich in der Schikanzierung und Drangsalierung der Arbeiterbewegung gar nicht genug tun könne. Durch diese Kritik fühlten sich die Polizeiobersten beleidigt und der „freisinnige“ Oberbürgermeister Dr. Nive stellte als Polizeichef Strafantrag wider den Genossen Niebuhr.

Zum Beweise der Wahrheit seiner Behauptung hatte der angeklagte Genosse verschiedene Zeugen laden lassen, unter anderem auch den Polizeiobersten Weidemann, dem die meisten Verfügungen gegen die Arbeiterbewegung zur Last zu legen sind. Dieser Herr sollte Auskunft geben, ob er einmal bei einer antilichen Unterredung in Theaterangelegenheiten erklärt hatte, er wolle die Sozialdemokratie bis zum letzten Atemzuge bekämpfen. Das bestritt er unter Eid. Gleich darauf trat aber der an der Verhandlung beteiligte Genosse Theaterleiter vor und bestritt das Gegenteil. Nun konzentrierte sich der Oberinspektor rückwärts und erklärte, daß er sich nicht erinnern könne. . . .

Um zu beweisen, daß nicht nur die oberen, sondern auch die unteren Polizeiorgane von einer großen Gerechtigkeit gegen die Arbeiterbewegung befecht sind, wurde die Verhaftung eines Lagerhalters zur Sprache gebracht. Dieser Genosse hatte beim Verlassen seines Hauses an der Geßbühlstraße nachgeschaut, ob sein Vorkommanne darin sei. Das sah ein Polizist und erklärte darin eine Beleidigung! Der Genosse, der den Ordnungshüter gar nicht bemerkt hatte, wurde verhaftet und unter ein höchst peinliches Verfahren gestellt.

Daß die Halle'sche Polizei auch durchaus nicht immer bei gesetzlichen Mitteln bleibt, wurde dargelegt bei der Verhaftung des Genossen Niebuhr. Sie geschah, als er in einer öffentlichen Jugendversammlung einen Vortrag über die Aufgaben der freien Jugendorganisation halten wollte. Wegen dieses Vorgehens ist die Polizeiverwaltung übrigens schon vom Regierungspräsidenten reifiziert worden.

Zur Sprache gebracht wurden ferner die Maßnahmen gegen den Volkspart. das Versammlungstotal der Arbeiterschaft. Erst in letzter Zeit mußten zwei am Eingang angebrachte Fahnen nach Androhung von Zwangsmaßnahmen entfernt werden, weil die harallosen Dinger „zur Demonstration gegen die bestehende Staatsordnung bestimmt und geeignet“ seien. Dabei waren die Fahnen ausdrücklich polizeilich genehmigt worden und hatten fast vier Jahre unbeansandtet gehangen. Die „Bühneneinrichtung“ im großen Saale — einige Wandverkleidungen auf dem Podium — mußte entfernt werden, weil sie nicht mit „kongressionell“ war. Herabsetzung der Polizeistunde ist viele Male angefordert worden, weil angeblich Polizeibeamte im Volkspart beleidigt wurden oder weil der Polizei nicht genehme Versammlungen abgehalten werden sollten.

Außerdem wurde der Nachweis geführt, daß „Griffliche“ Bettelverteiler unbehelligt ihr Werk auf den verkehrsreichsten Straßen ausüben dürfen. Ferner, daß in den Junglings-

Bezelehen fortgesetzt in öffentlichen Versammlungen politische Thematik erörtert werden dürfen, ohne daß sie sich der liebevollen Polizeiaufsicht zu erfreuen hätten, wie z. B. die freie Jugendorganisation. Dies nur einige Beispiele aus der Fülle des vorliegenden Materials.

Der Staatsanwalt hielt es für gut, zu behaupten, daß der Wahrscheinlichkeit in keiner Weise" gelungen sei. Der Angeklagte habe nur das gegen die Polizei ausüben wollen, wiewohl auf fünf Monate Gefängnis (1) zu erkennen sei. Das Gericht verhängte 500 M. Geldstrafe. In der Begründung sagte Landgerichtsdirektor Schubert, daß die Polizei in allen Fällen durchaus im Recht gewesen sei, man habe jedoch dem Angeklagten den Schutz berechtigter Interessen zu gewähren. Erwähnenswert sei, daß er an einem Platz tätig sei, welches schon oft Behörden und Beamte angegriffen habe. Also ist wieder einmal die Tendenz bestrast worden und nicht die Tat an sich. Wegen des Urteils ist Revision angemeldet worden.

Dr. Wittlings Reichstagskandidatur.

Künftig verlaute, daß die nationalliberale Parteileitung beabsichtige, irgendwo in einem günstigen Reichstagswahlkreise den Direktor der Nationalbank für Deutschland und früheren Oberbürgermeister von Posen, Herrn Dr. Wittling, einen Bruder Maximilian Harbans, als nationalliberalen Kandidaten aufzustellen, um sich das Wohlwollen der Bankiers zu sichern. Jetzt ist der Wahlkreis gefunden, dem die hohe Ehre zugefallen ist, Dr. Wittling mit einem Mandat auszustatten: es ist, wie die „Hamb. Nachrichten“ melden, der 17. hannoversche Wahlkreis (Harburg).

Die nächste Sitzung des Reichstages

ist vom Präsidenten Dr. Grafen Schwerin-Löwig auf den 22. November 1910, nachmittags 2 Uhr, angesetzt worden. Auf der Tagesordnung stehen die ersten Lesungen folgender dem Reichstage zugegangener Gesetzentwürfe:

1. ein Entwurf, betreffend die durch die neue Strafprozessordnung veranfaßten Änderungen der Gebührenordnung (der Entwurf regelt die Gebühren für Vormundschafts- und Jugendgerichte).
2. ein Entwurf, betreffend den Schutz des für Reichsbanknoten verwendeten Papiers (seine Bestimmungen sollen die Nachahmung falscher Banknoten erschweren).
3. ein Entwurf, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern (der Entwurf will bisher zutage getretene Missetaten beseitigen).

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgende Depesche aus London:

„Daily Chronicle“ veröffentlicht über die deutsch-englischen Beziehungen einen langen Aufsatz von einem Sonderberichterstatter, der Berlin besucht hat. Der Aufsatz vertritt die Ansicht, daß die offiziellen Beziehungen korrekt aber nicht herzlich seien, und daß beide Mächte überall gegeneinander arbeiteten. Die amtlichen und außeramtlichen Kreise Deutschlands wünschten dringend eine Verbesserung der Beziehungen beider Länder. Der Berichterstatter glaubt, daß eine Hemmung der Rüstungspolitik nur in Verbindung mit einer allgemeinen politischen Verständigung möglich sei, und erklärt, daß das deutsche Flottengesetz wahrscheinlich im nächsten Jahre abgeändert werde, falls die internationalen Beziehungen unverändert blieben. „Daily Chronicle“ besagt in einem Leitartikel die herrschenden Zustände und macht sich die Ansicht seines Berichterstatters zu eigen, daß eine politische Verständigung Voraussetzung für ein Einhalten im Rüstungswesen sei. Eine solche Verständigung in der internationalen Politik sei möglich, ohne die englischen oder die deutschen Interessen im geringsten zu beeinträchtigen und ohne die Frankreich zu schädigen.

Einzelne bürgerliche Blätter schließen aus der Wiedergabe des Telegramms durch das offiziöse Bureau, daß die deutsche Regierung mit den darin ausgesprochenen Absichten sympathisiere und einer Verständigung mit England auch in bezug auf die Beschränkung der Rüstungen nicht mehr völlig ablehnend gegenüberstehe. Ob diese Auffassung nicht viel zu optimistisch ist, wird sich ja zeigen müssen. Uns dünkt vor allem bemerkenswert, daß in diesem Telegramm von der Abänderung des deutschen Flottengesetzes, das heißt von einer Vermehrung der Flottenbauten als sicher gesprochen wird, falls die Verständigung nicht erreicht wird. Wir fürchten in der Tat, daß die Steigerung des Rüstungswahnsinn das Ende vom Liede sein wird.

Die Kaffernrevolte bei Wilhelmsthal.

Endlich laufen nähere Nachrichten über die Kaffernrevolte bei Wilhelmsthal (Deutsch-Südwestafrika) ein, und sie bestätigen in volstem Maße, daß die Kaffern durch die Leiter des Bahnbaues geradezu in den Luftstich getrieben sind. Die in Windhuk erscheinende „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ bringt eine Darstellung der Revolte, bei der bekanntlich 14 Kaffern getötet und eine große Anzahl verwundet worden sind. Die farbigen Arbeiter, sogenannte Transal-Kaffern, standen in den Diensten der Eisenbahnfirma Orenstein u. Koppel. Die schwarzen Arbeiter hatten Vorschüsse bekommen, und als der Termin der Gehaltszahlung heranrückte, wollten sie sich die Abzüge für Krankenlungen und für die Sonntage nicht gefallen lassen. Zeitweise sollen die Schwarzen auch die Arbeit direkt niedergelegt haben. Um dem zu begegnen, griff die Bauleitung zu dem Mittel der Kostentragung und schließlich auch noch dazu, den Schwarzen das Wasser vorzuenthalten. Was es heißt, die Schwarzen dem Durst zu überantworten, geht am besten daraus hervor, daß Hunderte von Kilometern zurückgelegt werden mußten, um wieder an eine Wasserstelle zu gelangen. Diese Handlungsweise hat die Kaffern aufgeregt, und nun griff der verantwortliche Beamte der Baufirma zu dem Mittel, die in der Nähe stationierte B. Kompagnie zum Schutze der angeblich bedrohten Beamten herbeizurufen. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß, den 14 Kaffern mit ihrem Tode bezahlten mußten.

In der Richtigkeit dieser Darstellung kann höchstens insofern gezwweifelt werden, als angenommen werden darf, daß die Schilderung noch zu rosig ist. Das in Windhuk erscheinende Blatt muß natürlich auf die Wünsche des Gouvernements möglichst Rücksicht nehmen, und dieses wiederum hat ein Interesse daran, den ganzen Vorfall so milde wie möglich hinzustellen. Vielleicht wäre die Sache ganz totesgeschwiegen worden, wenn nicht im Kapländischen Parlament ein Abgeordneter die dortige Landesverwaltung interpelliert hätte.

Ein amtlicher Bericht ist noch immer nicht erschienen. Wegen aller möglichen Bagatelldinge werden zwischen Berlin und Windhuk Telegramme gewechselt; hier scheint man den denkbar langsamsten Weg gewählt zu haben.

Ob das Eingreifen des Militärs nun berechtigt war oder nicht, soviel ist jedenfalls sicher, daß die Firma Orenstein u. Koppel

durch ihr geradezu unerschütterliches Vorgehen gegen die Schwarzen die Revolte provoziert hat. Es wäre durchaus zu begreifen, wenn die englische Regierung den Kaffern unterzagen würde, noch ferner im Dienste dieser Firma tätig zu sein.

Es wird von den Ansehlichen und Unternehmern in Deutsch-Südwestafrika so viel über den Mangel an schwarzen Arbeitern gelaugt. Vorgänge wie die obigen machen es begreiflich, daß die Schwarzen es ablehnen, in die Dienste der Unternehmer zu treten.

Argentinisches Fleisch nach Nordböhmen.

Auf Veranlassung der Reichsberger Handelskammer werden 25000 Kilo argentinisches Fleisch nach Nordböhmen eingeführt werden, davon besteht der Kaiserliche Stadtrat 5000 Kilogramm. Vielleicht bemühen unsere hohen Obrigkeit die billige Gelegenheit, um sich durch einen kleinen Ausfluß über die Grenze von der Ungefährlichkeit und Verwundlichkeit des überseeischen Fleisches zu überzeugen.

Eine Protestversammlung der Techniker.

In Dessau fand vorgestern eine Protestversammlung des Bundes der technischen Industriebeamten statt, die sich gegen die Maßregelung des Vorsitzenden der Dessauer Arbeitergruppe wandte, der wegen Zugehörigkeit zu dem genannten Bunde durch die Erlangung der Mitgliedschaft entlassen worden war. Der Technikerverband erklärte seine Solidarität. Fortschrittliche, demokratische und sozialistische Redner verurteilten das Vorgehen der Firma. Die von Stadtverordneten und Würgern starkbesuchte Versammlung faßte ein scharfes Protestresolution.

An den Unrechten gekommen.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie macht neue Mitglieder — er wird sie gebrauchen können, nachdem immer mehr, selbst in bürgerlichen Kreisen, die Erkenntnis sich ausgebreitet hat, daß die schmutzigen Waffen der Liebert-Grarde der Sozialdemokratie nichts anzuhaben vermögen, daß jeder Pfennig, der in die Kassen der Gesellschaft fließt, weggenommen ist, soviel an Druckpapier dafür auch produziert wird. Der Reichsverband aber kämpft mit dem Mute der Verzweiflung gegen die allgemeine Mißachtung an, der er verfallen ist, und sucht das Publikum durch immer neue Ladungen beschmutzten Papiers von seiner Notwendigkeit und Nützlichkeit zu überzeugen. So hat er neuerdings wieder einen frischen Zug zum Auffüllen seiner gestützten Reihen unternommen. Dabei wird das „sozialistische Material“ in unverantwortlicher Weise verschleudert. Ohne Ansehen der Person werden die Leute mit dem Zeug belästigt, auch solche, die schon durch ihre Stellung in der Sozialdemokratie davor geschützt sein sollten. So erhielt dieser Tage auch der Genosse Jaber in Frankfurt a. O., der leztgewählte der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die bekannte Aufforderung, dem Reichsverbande beizutreten.

Vielleicht könnte Genosse Jaber den Herren Liebert und Konforten wegen dieses ruppigen Ansehens eine Beladungsklage anhängen — bei den trüben Tagen, die die Reichsverbandler jetzt erleben, aber wäre eine unnötige Grausamkeit.

Berichtigung.

Genossin N. Luxemburg ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Im Vorwärts“ vom 6. November lese ich in der Rotiz „Protest gegen den Jarenbesuch“ über die Spandauer Versammlung:

„An Stelle der angekündigten Referentin Genossin Rosa Luxemburg, die noch im letzten Augenblick wegen Erkranzung absagen ließ, sprach der Genosse Giesel-Berlin.“

Diese Mitteilung entspricht durchaus nicht den Tatsachen. Die Ankündigung, daß ich in Spandau referieren würde, erschien vielmehr selbstverständlich im „Vorwärts“ vom 3. d. Mts., bevor mit mir irgend jemand überhaupt von der Sache gesprochen hatte, und sie erschien nochmals am 4., nachdem ich ausdrücklich das Referat abgelehnt habe. Ich wurde erst am 3. früh zur Uebernahme des Referats aufgefordert und wollte im ersten Moment, auf großes Drängen, annehmen, jagte aber zwei Stunden später definitiv ab. Dabei war jedoch von meiner Erkranzung nicht die geringste Rede, sondern ich erklärte einfach, ein so wichtiges Referat nicht erst im letzten Augenblick übernehmen zu können, ohne — neben der Arbeit in der Parteischnle — auch nur halbwegs zur Sammlung des Materials und zur Ueberlegung Zeit zu haben. Die ganze Art und Weise, wie die Protestaktion gegen den seit vielen Wochen angekündigten Jarenbesuch in der Hauptstadt Deutschlands organisiert oder dissmuliert nicht organisiert worden ist, trägt auch die Schuld für die Verlegenheit in Spandau, und ich muß mich dafür bedanken, daß die Schuld auf mich geschoben wird.

Rosa Luxemburg.

Frankreich.

Vor der Kammer Sitzung.

Paris, 6. November. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß die Regierungserklärung, mit der das neue Ministerium am Dienstag vor die Kammer treten wird, sofort zu einer lebhaften Erörterung Anlaß geben dürfte. Der unabhängige Sozialist Professor Painlevé kündigt an, daß er eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung einbringen werde. Ferner wird der gemäßigte Radikaler Veroy-Deaulieu über die Bedeutung des Eintritts von Lafesse in das neue Kabinett interpellieren. Man hält es auch für möglich, daß sich über die Frage des Streikrechts der Angestellten der öffentlichen Betriebe sofort eine heftige Debatte entspinnt.

Stenerverweigerung.

Reims, 7. November. Die Winzer von fünf Distrikten der Champagne erklärten, sie würden sich so lange weigern, Steuern zu zahlen, bis wirksame gesetzliche Maßnahmen zum Schutze ihrer Weine erlassen seien.

Belgien.

Das sozialdemokratische Manifest über den Kammer-zusammentritt.

Brüssel, 5. November. (Fig. Ver.) Das von der sozialdemokratischen Partei herausgegebene Manifest enthält einerseits die vorweggenommene Antwort auf die Thronrede Alberts, andererseits umfaßt es die von der Sozialdemokratie an das Parlament gestellten Forderungen. Wenn die Thronrede, heißt es darin, das Wohlbedenken des Bestandes feststellen wird, wird die Arbeiterpartei die wachsende Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen, die Teuerung des Lebens, die Unterdrückung der Besorgnis der Fabrik- und der Handarbeiter ausprechen. Gegenüber dem königlichen Lob, das die Weltausstellung als Ausdruck der Prosperität der Bourgeoisie feiern wird, wird die Arbeiterpartei die Ausnutzung jener feststellen, die ihre Schwärze sind. Sie wird erinnern, daß man dem Ausland ein Volk zeigte, das des obligatorischen Unterrichts entbehrt und erdarmungslos den Schrecken der Heimarbeit ausgeliefert ist! — Die Arbeiterpartei wird die sofortige Diskussion der auf die Tagesordnung des Parlamentes gestellten Reformen verlangen, die nur durch den lösen Willen der Reaktionskräfte verhindert werden. Diese Reformen sind: Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Gewächsen, die Arbeiterpensionen, insbesondere die Pensionen der Bergarbeiter, die Revision und Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes, die Garantie des Koalitionsrechts der Staatsangestellten, die

Aufhebung des die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter einschränkenden § 310 des Strafgesetzes. — Die Arbeiterpartei erklärt, daß sie der auf Grund eines knaubsalben Wahlergebnisses gewählten Majorität, die nicht einmal mehr die Mehrheit der Stimmen des Landes darstellt, jede Autorität aberkennt, diese Regierung ohne Zusammenhang, ohne parlamentarischen Ansehen, ohne Majorität kann sich nicht länger den vom Volkswillen gestellten Forderungen widersetzen! Sie zieht ab und übergeben das Wort dem rechtmäßig befragten Volke! — In all diesen Zwecken fordert das Manifest zu eifriger Propagandaarbeit der Parteigenossen auf. — Am Vorabend des Kammerzusammentritts findet eine Konföderationsversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Thronrede und die politische Lage. Sprechen werden die Deputierten Debunne, Ansele, Vanderveelde, Quismans. — Am Tage des Kammerzusammentritts findet, wie bereits berichtet, eine Manifestation der Partei statt, an der sich auch die Provinzen beteiligen werden.

Spanien.

Die Lage in Sabadell.

Cerbère, 6. November. Aus Sabadell wird gemeldet, daß dort auch im weiteren Laufe des Tages Ruhe herrsche. Im Geschäftslokal des Arbeiterbundes wurden Hausjuchungen vorgenommen, bei denen wichtige Schriftstücke beschlagnahmt worden sein sollen.

Bei den gestrigen Angriffen der Gendarmen auf Ausländer, die nach Barcelona marschieren wollten, wurde ein Arbeiter leicht verletzt.

Portugal.

Die Offiziere und die Republik.

Lissabon, 6. November. Sämtliche Offiziere der Garnison Lissabon erklärten gestern offiziell durch Eintragung in die Mitgliederliste des republikanischen Zentrumsvereins ihren Beitritt zu der republikanischen Partei. Diese Tatsache beweist die völlige Haltlosigkeit der im Auslande verbreiteten Gerüchte von einer Militärverschwörung.

Aus der Partei.

Empfehlenswerte Jugendschriften und künstlerischer Wanderschmuck.

Der Bildungsausschuß hat in diesem Jahre auf die völlig neue Herausgabe der Verzeichnisse empfehlenswerter Jugendschriften und künstlerischen Wanderschmucks verzichtet. Es werden die Verzeichnisse von 1909 unverändert beibehalten — Neben ist aber ein Nachtrag beigegeben, der die neueren Erscheinungen verzeichnet. Bei dem stetigen Anwachsen der Verzeichnisse, das in der Natur der Sache begründet ist und sich nicht vermeiden läßt, wird auch in Zukunft das Verzeichnis nur immer nach Verlauf mehrerer Jahre neu herausgegeben. In den Zwischengzeiten sollen Nachträge die neu aufgenommenen Literatur zur Kenntnis der Interessenten bringen. Für die praktische Jugendschriften-Agitation aber wird jährlich eine knappe und in den Einzelheiten abwechselnde Auswahl aus dem großen Verzeichnisse erfolgen, auf die bei den jährlichen Ausstellungen von Jugendschriften und bei anderen propagandistischen Gelegenheiten der Hauptnachdruck zu legen ist.

In diesem Jahre ist die engere Auswahl wie im Vorjahre durch Sterne (*) vor den besonders empfohlenen Wägern kenntlich gemacht.

Gemeinderatsersolge.

In Langensalza sind am Sonnabend bei der Stadtverordnetenwahl sämtliche in der dritten Abteilung aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden. Von 1400 Wählern wählten nur 400.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Wochum, deren Ergebnis wir schon meldeten, verlor das Zentrum gegen die letzte Wahl rund 700 Stimmen, die Nationalliberalen gewannen 240, die Sozialdemokraten 307 Stimmen. Das markanteste an der Wahl ist der Stimmenverlust des Zentrums, der auf die Wirkungen der Reichsfinanzreform zurückzuführen sein dürfte.

Die Stadtverordnetenwahl in Düsseldorf ergab die Wahl eines Zentrumskandidaten und Stimengleichheit zwischen einem nationalliberalen und einem sozialdemokratischen Kandidaten, zwischen denen nun zu lösen ist, wenn nicht ein zweiter Wahlgang stattfindet.

In Magdeburg behauptete in der dritten Abteilung die Sozialdemokratie ihre vier Mandate in Sudenberg und Reustadt, die Bürgerlichen ihre sechs Sitze in der Altstadt. Die Sozialdemokratie gewann 1029 Stimmen, während die Bürgerlichen rund 400 Stimmen verloren.

Die Organisationen zum Parteitag.

In der Parteiversammlung in Reg. in welcher der Delegierte zum Magdeburger Parteitag, Genosse Dr. Georges Weill, Bericht erstattete, knipfte sich an den Bericht eine mehrstündige Diskussion. Abschließend wurde mit Dreiviertelmehrheit eine Resolution angenommen, die sich mit der Haltung des Delegierten, der auf der Seite der Budgetbewilliger steht, einverstanden erklärt. Die Resolution sagt dann, die „ungehörte Einseitigkeit der Partei“ müsse durch die Bewegungsfreiheit der Landesorganisationen auf dem Boden des Programms und im Rahmen der besonderen Landespolitik ergänzt werden.“ Die Resolution schließt: „Die Generalversammlung hätte deshalb in der Budgetfrage die Einsetzung der beantragten Studienkommission genehmigt, da auf diesem Wege die einzelstaatlichen — rechtlichen und allgemein politischen — Besonderheiten hätten untersucht und im Interesse des Parteifriedens vereinbart werden können. Aus demselben Grunde hält die Generalversammlung eine Berücksichtigung der Landesorganisationen bei der Gesamtparteileitung für dringend erforderlich.“ — Bestimmte Vorschläge für diese Berücksichtigung macht die Resolution nicht. Ansehend hat man dabei jene vor einiger Zeit in einem süddeutschen Parteiblatt gemachte Anregung einer Reichskommission im Auge, die dem Parteivorstand zur Seite treten soll.

In sieben Monaten 94 Prozeßprozeße!

Soweit bekannt geworden, sind in den Monaten April bis Ende Oktober d. J. nicht weniger als 94 Prozeßprozeße gegen die sozialdemokratischen Zeitungen angestrengt und durchgeführt worden. Die meisten Prozeße, nämlich 55, entfallen auf die zweite Hälfte des genannten Zeitraums. Freisprechende Urteile konnten insgesamt nur acht erzielt werden, da die Herren Richter, obwohl sie nur allzu oft erklären mußten, daß die unter Anklage gestellten kritischen Abhandlungen „der Wahrheit entsprechend und im großen und ganzen auch zutreffend“ geschrieben seien, in „der Form“ die Beleidigung zu finden wußten. Die Opfer, die infolgedessen zu bringen waren resp. noch zu bringen sind, erreichten in dieser kurzen Spanne Zeit folgende enorme Höhe: In Weiskirchen 18000 M., an Gefängnisstrafen 3 Jahre 3 Monate und 7 Wochen! Die höchste Gefängnisstrafe in den letzten vier Monaten beträgt 1800 Monate, die niedrigste einen Monat. Die niedrigsten Geldstrafen in gleicher Zeit 5 und 8 Mark, die höchsten 1500 Mark und zweimal 1200 Mark. Acht Redaktionen hatten mehr als einen Prozeß. Die meisten Prozeße waren zu Halle und Dresden.

Vor kurzem berichteten wir über ein Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts, das der Auslegungskunst in der Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung einen Riegel vorgeschoben hat. Die Anklagebehörde wie die unteren Instanzen können sich, „inneren Einflüssen“ folgend, nicht von der Ansicht trennen, daß der ominöse § 153 der Gewerbeordnung auch bei Aufforderungen zum Verbandsbeitritt unter der Androhung der Arbeitseinstellung angewendet werden könne. Früher hatte man in Hamburg den Versuch gemacht, den Erpressungsparagrafen heranzuziehen, „weil durch eine solche Aufforderung dem Verbandsbeitritt ein rechtswidriger Vermögensvorteil zugeführt werden solle“. Die Gerichte gingen hierauf aber nicht ein, denn wiederholt wurden unter Anklage gestellte Werkstätten freigesprochen. Dann mußte wieder der § 153 der Gewerbeordnung herhalten, bis sich eine Strafkammer fand (das Schöffengericht hatte freigesprochen), die einen Bauarbeiter zu Gefängnis verurteilte. Der zum Verbandsbeitritt aufgeforderte widersetzte, infolgedessen wollten die organisierten Arbeiter die Arbeit einstellen, worauf Jener entlassen wurde. Dies in Kürze der Tatbestand. Das Oberlandesgericht erkannte auf sofortige Freisprechung, während der Staatsanwalt durch Zurückverweisung eventuell noch eine Verurteilung aus § 240 des Strafgesetzbuches zu erzielen hoffte.

Der sehr interessanten Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts entnehmen wir diese Stellen:

„... Unter Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen können nur solche verstanden werden, welche in einem entdrängten oder wenigstens in Aussicht genommenen Kampfe die Bewilligung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen anstreben.“

Weiter heißt es, die Ehre des Aufgeforderten sei dadurch unangefastet geblieben und sollte dadurch auch nicht berührt werden, denn er sollte entweder dem Verbandsbeitritt oder die Folgen auf sich nehmen, welche die Bauleitung gegen ihn ziehen werde, sobald im Falle seines Nichtbeitritts die anderen Arbeiter sich weigern würden, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten. Nur in dieser Weise sollte die Arbeitseinstellung als Druckmittel dienen. Es sei also klar, daß nicht Unwürdigkeit des Betroffenen den Grund seines Ausschusses bilde, und daß es um keine gegen dessen Ehre gerichtete Kundgebung sich handelte, „sondern ganz allein um die Verhängung eines wirtschaftlichen Nachteils, die im gewerblichen Leben der Gegenwart so gebräuchlich geworden ist, daß sie auch in unbeteiligten Kreisen verstanden wird und nicht ohne weiteres auf die Ehre des Betroffenen einen Makel wirft.“

Berlin und Umgegend.

Die „Victoria“-Versicherungsgesellschaft als moderner Sklavenhalter.

Die Direktion der „Victoria“ hat ihren Angestellten folgenden Ullas zugehen lassen:

„Mit Rücksicht auf die bei unserer Gesellschaft für die Versorgung der kleinen Beamten und deren Hinterbliebenen bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen behalten wir uns vor, bei Verbeiratung eines Beamten, dessen Gehalt noch nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren, die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses von dem Nachweis eines ausreichenden Einkommens abhängig zu machen.“

Berlin, den 27./10. 1910.

Die Direktion. gez. D. Gerstenberg.

In der Tat, man weiß nicht, was man an diesem Ullas mehr bewundern soll, die Dreifügigkeit, mit der hier in die Privatverhältnisse der Angestellten eingegriffen wird oder die Offenheit, mit der die „Victoria“ zugestehet, daß ihre Angestellten so schlecht entlohnt werden, daß sie nicht in der Lage sind, ohne entsprechende Nebeneinkünfte die Kosten einer eigenen Haushaltung bestreiten zu können.

Wir wollen ganz absehen von den Wirkungen, die dieser Erlaß auf irgendeinem Gebiete für die Angestellten zeitigen muß. Uns interessiert an der Sache in erster Linie die wirtschaftliche Seite.

In dem Erlaß wird für den Fall der Eingehung einer Ehe von den Angestellten der Nachweis eines ausreichenden Einkommens gefordert. Da dies Einkommen bei der „Victoria“ nicht erreicht wird, so müssen die von dem Erlaß betroffenen Angestellten entweder in ihrer freien Zeit irgendwelche Nebenbeschäftigung ergreifen oder aber auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege durch die Zeitung eine „Lebensgefährtin“ suchen, die in der Wahl ihrer Eltern so vorsichtig war, daß sie einem „Victoria“-Beamten das nach Ansicht der Direktion zur Ernährung einer Familie notwendige Einkommen garantieren kann. Wir zweifeln nicht daran, daß es den Angestellten der Victoria ein leichtes sein wird, unter Hinweis auf ihre „Lebensstellung“ derartige „Goldfische“ zu fangen.

Die Direktion der „Victoria“ motiviert ihren Erlaß mit Rücksicht auf die bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen für die Angestellten und deren Hinterbliebenen. Durch den Ullas aber schränkt die „Victoria“ nicht nur die Risiken der Wohlfahrts-Einrichtungen erheblich ein, sondern sie hindert große Teile ihres Personals respektive deren Angehörigen daran, an den Wohlfahrts-Einrichtungen teilzunehmen.

Daß die „Victoria“ sich einen derartigen Eingriff in die persönlichen Verhältnisse der Angestellten leisten kann, ist die Schuld der Angestellten. Hier gilt es, Front zu machen gegen Bestrebungen, die die Angestellten in ein Hörigkeitsverhältnis zwingen wollen und sie ihrer Menschenvürde entkleiden. Der einzelne ist da freilich machtlos.

Die gewerkschaftliche Organisation ist das Mittel, dessen sich die Angestellten im Kampf um ihre Rechte bedienen müssen. Solange die Angestellten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses nicht erkannt haben, werden sie ohnmächtig sein gegenüber der Willkür der Unternehmer. Jeder einzelne schließt sich der gewerkschaftlichen Organisation, in diesem Falle dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands an. Dann werden seine Rechte gewahrt, seine Arbeitsverhältnisse gebessert, dann wird seine Persönlichkeit geachtet werden. Die großen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit in der Industrie sollten auch den Angestellten der „Victoria“ den Wert der gewerkschaftlichen Organisation gezeigt haben. Die Industriearbeiter haben durch ihre Organisation das Mitbestimmungsrecht an ihren Arbeitsverhältnissen erlangt. An die „Victoria“-Angestellten ergeht die Aufforderung, es den Arbeitern gleich zu tun und einzutreten in den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Geschäftsstelle: NO. 48, Neue Königsstr. 88.

Ein Kampf in der Eisenindustrie um das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen.

In Rathenow stehen die Eisnarbeiter jetzt in der 17. Woche und in Eisenberg in der 12. Woche im Streik, weil die Arbeitgeber keinen Tarifvertrag mit dem Buchbinderverband abschließen und entweder gar keine oder nur ganz ungenügende Zugeständnisse machen wollen. Die Ursache dieses hartnäckigen Kampfes resultiert aus einem Beschlusse, den der Verband der Eisnarbeiter auf seiner diesjährigen Generalversammlung nach einem Referat des bekannten Generalsekretärs Rasse, vom Verband der Metallindustriellen, faßte. Herr Rasse ist auch Sekretär des Verbandes der Eisnarbeiter und glaubte wahrscheinlich die Schlichtungsmethoden der Metallindustriellen ohne weiteres auf die Eisnarbeiter übertragen zu können. Herr Rasse's Referat gipfelte in dem Satze, der nachher von den Eisnarbeitern zum Beschluß erhoben wurde: „auf Tarifverträge mit Arbeitnehmersverbänden nicht einzugehen und darauf hinzuwirken, daß bestehende Verträge nicht erneuert werden.“

Es war zu erwarten, daß die Eisnarbeiter und der in Betracht kommende Buchbinderverband sich eine solche Rechtsnachfolge, eine solche generelle Ausschaltung bei der Regelung der Arbeitsbedingungen, nicht gefallen lassen würde. Das begriffen auch die einschlägigen Arbeitgeber, und so konnte in Hanau, kaum einige Wochen nach jenem Beschlusse der Eisnarbeiter, eine Vereinbarung geschlossen werden, die in befriedigender Weise die Arbeitsverhältnisse regelte. Auch die Berliner Eisnarbeiter schlossen unter Führung des Herrn Rasse einen Tarifvertrag ab. Und man hatte nun annehmen sollen, daß auch die Eisnarbeiter an anderen Orten einsehen würden, wie es geradezu die Arbeiterschaft zum Kampfe herausfordern hieße, wenn sie den bewußten Beschluß in die Tat umsetzen wollten.

Aber in Rathenow waren die Fabrikanten verblendet genug, entsprechend jenem Beschlusse zu handeln und sogar anfangs jegliche Verhandlung mit Vertretern des Buchbinderverbandes abzulehnen. Und in Eisenberg folgten die kleineren Arbeitgeber den ungeratenern Ratschlägen eines Mannes, der seit Jahren mit Erfolg darauf ausgeht, das ganze Eisnagerwe in Eisenberg seinem Rognopol zu unterwerfen und der wahrscheinlich laibblütig damit rednet, daß in diesem schweren Kampfe der größte Teil der „Kleinen“ banferot auf der Strecke bleiben würde. Dort, wie in Rathenow wurden die „Kleinen“ mit der sich immer als leere Vorspiegelung erweisenden Hoffnung gefördert, daß die Widerstandskraft der Arbeiterschaft bald gebrochen und der Buchbinderverband die Unterstützung der Streikenden einstellen würde. Ja, auch die offenkundigsten Lügen mußten herhalten, um den „Eisnarbeitern“ im Arbeiterlager — so nannte man die Funktionäre des Buchbinderverbandes — die Schuld aufzuladen, denen daran gelegen sei, die Industrie zu ruinieren. — Auch in der letzten Nummer der Arbeiterzeitung, dem Organ der Eisnarbeiter, werden die Angehörigen des Buchbinderverbandes mit solchen faulstidigen Unwahrheiten traktiert und zugleich wird auf die Arbeiter eingeredet, sich von ihren Führern zu emanzipieren. Heißt es doch in beweglichen Tönen: „Bekennen sich die Arbeiter nun nicht sofort zur Wiederaufnahme der Arbeit, so dürfte für manchen, der sonst ein gut Stück Geld verdient hat, später entweder nur wenig oder auch gar keine Arbeit mehr vorhanden sein.“ Die Herren mögen sich aber keiner Hoffnung (geben, daß ihre Schatzkammer von Erfolg begleitet sein werden, denn die Streikenden stehen fest und haben erklärt, solange im Streik zu verharrten, bis die Fabrikanten die Arbeiter als gleichberechtigt bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen, selbst wenn der Streik noch einmal solange dauern sollte, als er schon gewährt hat. — Die Zeitung des Buchbinderverbandes hingegen wird die tapferen Kämpfer im Interesse seiner sämtlichen Mitglieder nicht im Stich lassen, wovon sich die Fabrikanten schon aus der nächsten Nummer der Arbeiterzeitung werden überzeugen können. In dieser Nummer wird ein Aufruf erschienen, der alle Mitglieder des Buchbinderverbandes auffordert, sofort mit den Sammlungen zu beginnen, um den Streikenden und ihren Angehörigen eine würdige Weihnachtsfeier zu bereiten. Nicht zur regelmäßigen Streikunterstützung soll diese Sammlung dienen, denn dazu bedarf der Verband der Weisheit seiner Mitglieder nicht, weil seine Kasse gut versehen ist. Nein! Aber die arbeitenden Kollegen und Kolleginnen werden mit Freuden ihr Scherlein beitragen, um den Streikenden eine Weihnachtsfreude zu bereiten, die ihnen zu gönnen ist, zumal ein Ende des Kampfes auch nach Weihnachten noch nicht abzusehen ist.

Waldbauarbeiterfrenden beim Grafen Schaffgotsch.

Der adeliche Magnat Graf Schaffgotsch besitzt in den Gebieten des Riesens- und Fichtengebirges nicht weniger als 84100 Hektar Wald, die von sechs Oberförstereien verwaltet werden. Wie der „Vote aus dem Fichtengebirge“ mitteilt, betragen die jährlichen Einnahmen aus diesen umfangreichen Waldbeständen 1800000 M. Jetzt ist nun die Holzpreise um 75 Proz. erhöht worden, so daß der jährliche Mehrgewinn 900000 M. beträgt. Es fehlen demnach nicht viel an drei Millionen Jahreseinnahmen aus den Holzbeständen. Gleichzeitig sind aber auch die Waldbauarbeiterlöhne gekürzt worden. So werden für das Einschlagen von ein Raummeter Forstort nur noch 60 Pf. gezahlt, früher 80 Pf. Bei harten Wintern ist der Satz gar von 1 M. auf 60 Pf. herabgesetzt worden. Dabei verdienen die Arbeiter bei dreizehnstündiger Arbeitszeit an den gefährlichen Abhängen nicht mehr als 2,50 Mark pro Tag. Das Handwerkszeug müssen sie dabei selber stellen. Diese Maßregel hat nun zu Arbeitsniederlegungen geführt, worauf die gräfliche Verwaltung drohte: „Wenn Ihr nicht arbeitet, lassen wir Desterreicher kommen und wenn dann der Meter zehn Mark kostet!“

Mit solchen Mitteln also sucht die Verwaltung eines der reichsten Grundbesitzer die armen lebensgefährliche Arbeit verrichtenden Waldbauarbeiter einzuschüchtern. Liebet den Tischen oder Galgern zehn Mark für den Raummeter, als den Einheitslohn 80 Pf. Dabei bezieht Graf Schaffgotsch aus dem Holzverkauf, wie aus obigen Ziffern hervorgeht, pro Tag 9000 Mark. Das ist derselbe Graf Schaffgotsch, der gelegentlich des Breslauer Katholikentages einen Extrazug stellte und eine ganze katholische Kirche aus eigenen Mitteln bauen ließ. Für die Arbeiter aber gibt es Lohnabzüge — wahrscheinlich sollen dadurch die sie für sein zukünftiges Seelenheil gebachten Ausgaben wieder weit gemacht werden — und lassen sich diese das nicht gefallen, dann holt man eben Ausländer.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen

ist wieder einmal auf dem toten Punkt angelangt. Nachdem nach Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten, die immer von neuem von Unternehmenseite aufgetrieben wurden, die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit dem Vohlottschuhverband rheinisch-westfälischer Brauereien endlich zum Abschluß gekommen schienen, wobei die Arbeiter mit ihren Ansprüchen auf das Äußerste zurückgingen, findet der Vohlottschuhverband eine neue Schwierigkeit. In Lütgen-dortmund, wo beim Bierfest eine Einigung zwischen Wirten und Konsumenten über Bierpreis und Maß erzielt war, haben nachträglich einige Gastwirte kleinere Gläser eingeführt. Das ließen sich die Konsumenten nicht gefallen und verhängten den Vohlott über die Gastwirte.

Jetzt erklärt der Vohlottschuhverband rheinisch-westfälischer Brauereien, daß ein Abschluß des Tarifvertrages nur erfolgen könne, wenn vorerst der Vohlott über die Gastwirte in Lütgen-dortmund aufgehoben sei.

Die diesbezügliche Mitteilung an den Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter beantwortete der Vorsitzende dahin, daß, wenn der Vohlottschuhverband auf dieser Bedingung beharre, an einer lokalen Frage, die uns nichts angeht, den Tarif scheitern zu lassen, dies als ein gewollter Abbruch der Verhandlungen betrachtet werden müsse. Da aber trotz alledem noch daran gearbeitet wird, ist der

Vohlottschuhverband ersucht worden, seine endgültige Entschliebung bis zum 10. November an den Hauptvorstand des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter mitzuteilen, damit er in der Lage ist, den Brauereiarbeitern in Rheinland-Westfalen mitzuteilen, ob ein Tarif zustande gekommen ist oder nicht.

Noch ein Streikprozess.

Der preussische Minister des Innern, v. Dallwitz, hat die Staatsanwaltschaft in Köln angewiesen, wegen der angeblichen Streikunruhen in Deutz Anklage wegen Landfriedensbruch zu erheben. Wir konnten seinerzeit mitteilen, daß an den Zusammenstößen Streikende überhaupt nicht beteiligt waren, daß vielmehr die ganzen Vorkommnisse auf den Hebereifer der Polizei zurückzuführen waren.

Vom Streik der Hamburg-Altonaer Café-Kellner.

Der von der Arbeiterschaft über die widerstrebenden Cafés verhängte Vohlott hat eine gute Wirkung erzielt, denn im Laufe der letzten Wochen haben außer einigen Hamburger Cafétiers sämtliche Altonaer sich mit den Kellnern gütlich geeinigt. Die dort beschäftigten Kellner brauchen sich wenigstens nicht mehr von den Stellenvermittlern ausbeuten zu lassen.

Die Aufklärung des Verbrechens in der Potsdamer Straße.

In 24stündiger Arbeit ist es den Kriminalkommissaren Rasse I und Lehmann gelungen, den Täter festzunehmen und zu einem Geständnis zu bringen. Gestern abend um 8 1/2 Uhr hat der verhaftete Gärtner Paul Lippe, der am 27. Juli 1890 zu Neuen-dorf im Kreise Bernburg geboren wurde, eingeräumt, den Einbruch begangen und die Eheleute Tetzke niedergeschossen zu haben. Als die Kommissare dem Verhafteten auf dem Polizeipräsidium das furchtbare Verbrechen und dessen Einzelheiten vorhielten, leugnete er und trat sofort einen sehr verwiderten Alibibeweis an, der sehr schwer nachzuprüfen war. Die Kriminalkommissare hielten ihm nach und nach alles vor, was die Ermittlungen an Beschlusmaterial gegen ihn zutage gefördert hatten, Lippe aber blieb dabei, daß er mit der Tat nichts zu tun habe. Als ihm der vernehmende Kommissar nach wiederholten Ermahnungen, der Wahrheit die Ehre zu geben, das Protokoll des Verhörs verlas und zur Unterschrift vorlegte, sah man dem jungen Menschen an, daß es ihm doch nicht leicht wurde, alle seine Unwahrheiten auch noch mit seiner Namensunterschrift zu bekräftigen. Er beiseite aber seine innere Erregung und blieb auch erneuten Ermahnungen gegenüber bei seinem Leugnen. Vor Vollzug der Namensunterschrift verlangte er auch noch einige Änderungen im Protokoll.

Plötzlich aber kam ein Umschlag. Die Kommissare hatten während des Verhörs in einem Nachbarzimmer den Mann, den Lippe vor einiger Zeit zur Mitwirkung bei dem geplanten Einbruch verleiten wollte, bereit gehalten, um ihn jederzeit ihm gegenüberstellen zu können. Im letzten Augenblick nun richtete man es so ein, daß Lippe diesen Mann durch einen Türspalt flüchtig zu sehen bekam. Da stand er auf und erklärte, daß er jetzt die Wahrheit sagen wolle. Nur die Angst vor den Folgen des schweren Verbrechens habe ihn bisher veranlaßt zu lügen. Lippe behauptet, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die Leute zu töten. Sie seien aber auf ihn eingestürzt, hätten ihn gepackt und fortwährend um Hilfe gerufen. Seiner Sinne nicht mehr mächtig, habe er dann blindlings drauf losgeschossen. Nach der Tat sei er noch längere Zeit auf den Straßen umhergeirrt und habe seine Dietriche und den Revolver weggeworfen. Dann sei er nach Hause gegangen. Gestern früh habe ihn das böse Gewissen gleich wieder weggerrieben. Lippe war gestern abend nach Ablegung des Geständnisses vollständig gebrochen und konnte nicht weiter verhört werden. Die weitere Vernehmung mußte bis zum heutigen Dienstag verschoben werden.

Letzte Nachrichten.

Erbeben im Rheinland.

Düren, 7. November. (B. L. B.) Der „Dürener Zeitung“ zufolge wurde heute nacht zwischen 1 1/2 und 1 3/4 Uhr in Langerwehe und in der näheren Umgegend ein kurzer, aber heftiger Erdstoß verspürt, auch in einigen Orten des Kreises Düren, so in Branderberg, Bergstein und Randach, wurde die Erschütterung wahrgenommen, die stellenweise so stark war, daß in den Zimmern beständige Gegenstände sich bewegten. Die Erschütterung, die von einem donnerähnlichen Geräusch begleitet war, wurde während des um die genannte Zeit ausgedehnten heftigen Sturmes wahrgenommen. In der Stadt Düren selbst hat man eine ähnliche Erscheinung nicht beobachtet können.

Interpellationen an das arbeitereindliche Kabinett.

Paris, 7. November. (B. L. B.) Die Gruppe der geringsten Sozialisten beschloß, morgen an das Ministerium zwei Interpellationen zu richten, erstens über seine arbeitereindliche Politik und zweitens über die Umstände, unter welchen das Kabinett gebildet wurde. Die erste Interpellation wird von Jaurès vertreten werden.

Ein Jahr Gefängnis wegen antimilitaristischer Propaganda.

Paris, 7. November. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur des Blattes „Anarchie“, Lombard, wegen eines antimilitaristischen Artikels zu einem Jahre Gefängnis und 3000 Frank Geldbuße.

Zum Untergang des deutschen Fünfmasters „Preußen“.

Dover, 7. November. (B. L. B.) Die Kasernenabteilung der Küstenwache hat sich genötigt gesehen, ihre Stellung am Fuß des Küstenabhanges aufzugeben. Sie hatte vorher, bis zur Krust in der Brandung stehend, gearbeitet und schließlich den Grat der Klippe und das Schiff durch eine Leine verbunden, so daß der Mannschaft, wenn das Schiff in Trümmer gehen sollte, die Möglichkeit zur Rettung bleibt. Der Mannschaft schien gegen Abend noch nichts daran gelegen zu sein, das Schiff zu verlassen. Die etwa vierzig Mann starke Besatzung war auf Deck versammelt und sang von Zeit zu Zeit Lieder nach der Begleitung von zwei Zichharmonikas. (Siehe auch: Aus aller Welt.)

Die Cholera.

Konstantinopel, 7. November. (B. L. B.) Heute sind hier elf Erkrankungen und drei Todesfälle an Cholera vorgekommen. An den letzten beiden Tagen kamen in der Armece 23 Erkrankungen und 7 Todesfälle an Cholera vor.

Sympathiestreik der Droschkentischer in New York.

New York, 7. November. (B. L. B.) Ein großer Teil der Droschkentischer hat sich den unabhängigen Gewerkschaften in einem Sympathiestreik angeschlossen. Es kam zu zahlreichen Ausschreitungen. Die Bewegung drückt sich auf alle hiesigen Fuhrleute aus, und mit Ausnahme der Aufseher, welche die Lebensmittel zuführt besorgen.

Prozeß Bruhn und Genossen.

Erster Tag.

Die gestrige Sitzung begann mit der Mitteilung des Vorsitzenden, daß vom Gericht als Sachverständiger der Chefredakteur...

Zweiter Tag.

Ungeladene ist Frau Mary Berg-Lindemann erschienen. Sie will vernommen werden, um den Zeugen Ludwig...

Dritter Tag.

wird als Zeuge Karl Peters vernommen. Er ist Mitinhaber des „Lindenkasinos“ G. m. b. H., kennt Bruhn und Dietrich seit längerer Zeit...

Der Zeuge Richard Dietrich bestätigt diese Darstellung und erklärt, es sei unrichtig, daß er im Anschluß an einen Besuch eines Vertreters von Koller, der mit Wilh. Bruhn über einen Inseratenauftrag verhandelte...

Rechtsanw. Vrederek vertreibt auf eine Reihe von Artikeln zum Beweise dafür, daß die „Wahrheit“ auch gegen Personen und Institute, die Inserenten waren...

Angeregt wird noch, die Aussage des verstorbenen Redakteurs Dabiel zur Verlesung zu bringen. Angeklagter B. Bruhn betont, daß seinerzeit einige Blätter gekauft haben, Dabiel sei ihm sehr gelegen gestorben...

Nach allseitigem Verzicht wird die Beweisaufnahme endgültig geschlossen.

Kleines feuilleton.

Meterhöhe Männerfrisuren. Im Innern Afrikas gibt es Stämme, bei denen die eigenartige Sitte besteht, daß die Schönen ihren Haarschnitt ihren Männern oder Verehrern opfern müssen...

Theater.

Neue freie Volkstheater (im Neuen Volkstheater): „Häbrand“ von Frederik van Eeden. Wenn eine Volkstheater immer sein will, was sie soll, gehört es sehr wohl zu ihren Aufgaben...

Plädoyer des Staatsanwalts.

Staatsanw. Leisering fährt in seinem Plädoyer u. a. folgendes aus: Als die Frage entstand, ob gegen die Angeklagten das Verfahren eröffnet werden solle, war es von vornherein klar, daß der Beweis nicht leicht zu führen sein werde...

Wenn ich nun auf das Ergebnis des ganzen Prozesses eingehe, so muß ich sagen, daß in meiner ganzen Praxis sich noch kein einziger Fall ereignet hat, wo das Ergebnis der Hauptverhandlung so abweicht von dem der Voruntersuchung...

Wenn ich nun auf die einzelnen Fälle eingehe, so muß ich vorweg sagen, daß die Beweisaufnahme zu einem zweifellos günstigen Ergebnis für die Angeklagten geführt hat.

Bezüglich der Frage, ob eine Drohung hier angenommen werden muß, ist zu beachten, daß der Zeuge Jacobsohn in der Voruntersuchung doch wesentlich belastendere Aussagen gemacht hat...

Wirklichkeitsleben. Allein das mimose Blumenfeulendasein kommt angefaßt eines robusten Naturalismus etwas zu kurz weg, sowohl künstlerisch als vom rein dramatischen Standpunkt.

Neues Schauspielhaus: „Sternenhoheit“, Lustspiel von Biffon und Thurner. Das Stück ist eine Art Mittelstück von Schwank und Lustspiel, zum Schwank nicht bunt genug und zur Komödie zu zerfahren in der Charakteristik...

Es wurde frisch und munter gespielt. Der wankelmütige Prämianten Salkner war ein harmonischer Junge. In reizend humorvoller Natürlichkeit gab Ida Wüst die kleine Rolle einer unrettbar phlegmatisch-profanen Theaterkünstlerin.

persönlichen Epigen gebracht werden. Wenn Angriffe gebracht werden, so geschieht dies doch in allgemeiner Form und ein himmelweiter Unterschied ist doch auch darin vorhanden, daß dort Inzerate der Reklame wegen aufgegeben werden...

Im Falle Wertheim ist auch ein Unfall zu verzeichnen gewesen; der Zeuge Wolf Wertheim hat anders ausgesagt, wie in der Voruntersuchung. Objektiv liegt in diesem Falle der Tatbestand der Erpressung vor.

Plädoyer der Verteidiger.

Rechtsanw. Vrederek fährt u. a. aus, die Anklage sei ein kind des Dabielprozesses. Um ihren Klienten Dabiel zu entlasten, hätten sich damals dessen Verteidiger bemüht, alle Schuld auf Bruhn zu häufen...

Modernes Theater: „Der Doppelmann“, Schwank von Wilhelm Jacoby und Artur Lippich. Der Anspruch, nach allerproben Rezepten gebrauchte Schwank sieht in parodistischem Widerspruch zu dem stolzen Namen...

Zu manchen Partien herrschte richtiger Possenübermut und wo die Erfindung nicht reichte, wurde die Stimmung von Zeit zu Zeit durch klippigen blutiger Kaskaden wohlwollend ausgeglichen.

Notizen.

- Vortragsabend. Der Schweizer Dichter Ernst Zahn liest am 9. November, 8 1/2 Uhr, im Bürgercafé des Berliner Rathhauses aus eigenen Werken vor.

führt und gleichzeitig von diesen Inzerats angenommen habe, hat Bruch selbst genügend erklärt und entkräftet. Die Dinge, um welche es sich handle, liegen jahrelang zurück und der Angeklagte habe sich ernstlich bemüht, Klarheit zu schaffen und die dunklen Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsrichter auf das richtige Maß zurückzuführen. In allen hier verhandelten Fällen sei nicht einmal ein Vorwurf unehrer oder unmoralischer Handlungsweise zu machen. Wenn es sich um Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, handle, so müssen sich diese auch gefallen lassen, daß auch an ihre Person sich eine persönliche Kritik knüpft. Man müsse die Fähigkeit, Geduld und Kraft bewundern, mit der der Angeklagte das Material zusammengebracht hat, um in 1 1/2-jähriger Voruntersuchung und wöchentlichen Terminen die Behauptungen seiner Angreifer zu widerlegen.

Rechtlich plädiert der Rechtsanwalt Dr. Schwandt. Rechtsanwalt Dr. Jul. Meyer I beantragt die Freisprechung der beiden letzten Angeklagten, und sucht in ausführlichen juristischen Darlegungen nachzuweisen, daß von einer Erpressung des Hauptangeklagten nach den Ergebnissen der Weisungsaufnahme in keiner Weise geredet werden könne und er sich vergeblich nach einer juristischen Begründung der Anklage umgesehen habe. Zwischen seinen Anschauungen und denen des Herrn Bruch liege eine ganze Welt, er fühle nicht den Versuch in sich, hier als dessen Lobredner aufzutreten, aber er müsse doch sagen, daß die ganze Sache ein juristisches Ungeheuer sei. Der Verteidiger sucht diese Behauptung sowohl bezüglich des allgemeinen Teils als auch bezüglich der Spezialfälle zu begründen und befreit das Vorliegen irgendeiner Schuld seiner Klienten. Die Erklärung, daß die Jünger hier anders ausgelegt haben als vor dem Untersuchungsrichter, finde ihren Grund in der mittelalterlichen Form der Voruntersuchung und in dem Mangel an dem kontrabitorischen Verfahren während derselben. Wenn diese Wochen der Arbeit dazu beitragen sollten, daß nach der neuen Strafprozedur auch das kontrabitorische Verfahren und die Zuziehung des Verteidigers in der Voruntersuchung eingeführt wird, so habe man hier wenigstens nicht umsonst gearbeitet.

Die Verhandlung wurde nach kurzen Replik und Duplik abgebrochen und auf heute 12 Uhr vertagt.

Die Gewergerichtswahlen in Berlin.

Am Freitag, den 11. November, finden in Berlin die Wahlen der Arbeitgeber und am Sonntag, den 13. November, die Arbeiterwahlen statt. Die Wahlen geschehen nach dem Verhältnisystem. Je mehr Stimmen eine Liste auf sich vereinigt, desto mehr Vertreter kommen ihr zu. Aus diesem Grunde muß es Pflicht aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und aller freigeistlichen Arbeitgeber sein, ihr Wahlrecht auszuüben, und entweder Liste I der freien Gewerkschaften oder Liste I der freien Arbeitgeber abzugeben. Von Arbeitnehmern sind vier Listen eingereicht; Freie Gewerkschaften, Gewerksvereine, Christlichnationale und Bienenhalter; während von Arbeitgebern zwei Listen: Freie Arbeitgeber und freie bürgerliche Arbeitgeber in Frage kommen. Der Kampf wird also ein recht lebhafter werden, da jede Stimme gezählt wird.

Die bürgerlichen Arbeitgeber arbeiten mit Hochdruck. Kürzlich wurde vom Verbande der Vaugeschäfte ein Zirkular an Arbeitgeber verbreitet, in dem lebhaft Propaganda zur Einzeichnung in die Wählerliste der Arbeitgeber gemacht wurde. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Bekanntlich sind die Spruchkammern des Gewerbegerichts außer mit dem juristischen Vorstehenden mit zwei Arbeitgeberbeisitzern und zwei Arbeitnehmerbeisitzern besetzt. Die letzteren werden durchgängig aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörenden Kreisen gewählt. Bei den letzten Wahlen ist es der Sozialdemokratie jedoch auch gelungen, eine Anzahl sozialdemokratischer Arbeitgeberbeisitzer durchzubekommen, so daß es heute nicht selten vorkommt, daß eine rechtsprechende Kammer des Gewerbegerichts mit einem Beisitzer aus den bürgerlichen Parteien und drei Beisitzern, welche der sozialdemokratischen Partei angehören, besetzt ist. Das entspricht nicht billigen Ansprüchen, die man an eine paritätische Besetzung des Gewerbegerichts stellen kann. Das entspricht vor allen Dingen nicht den tatsächlichen Verhältnissen des Lebens und ist lediglich darauf zurückzuführen, daß nach dem Gesetz als Arbeitgeber schon derjenige wahlberechtigt ist, der auch nur zu gewissen Zeiten des Jahres einen gewerblichen Arbeiter beschäftigt.“

Bekanntlich gibt sich die Sozialdemokratie die größte Mühe, zu den Wahlen alle ihre Anhänger auf die Beine zu bringen. Es ist daher eine Pflicht jedes bürgerlichen Arbeitgebers, sich an diesen Wahlen zu beteiligen.“

Man sieht, in welcher Weise die bürgerlichen Arbeitgeber darauf aus sind, die Beisitzerposten der Arbeitgeber im Gewerbegericht nur aus sich heraus besetzen zu lassen. Bei der in diesen Kreisen herrschenden Auffassung vom Recht des Arbeiters kann auf eine objektive Rechtsprechung nicht gerechnet werden. Und deshalb liegt es im Interesse der Arbeiter und der freien Arbeitgeber, alles daran zu setzen bei den Gewerbegerichtswahlen möglichst viel Stimmen zu vereinigen am

Freitag, den 11. November, auf Liste I der freien Arbeitgeber und am

Sonntag, den 13. November, auf Liste I der freien Gewerkschaften.

Aus dem Jahresbericht der finnischen Sozialdemokratie.

Soeben ist der Jahresbericht der finnischen Arbeiterpartei für das Jahr 1909 im Druck erschienen. Er umfaßt die zur sozialdemokratischen Partei gehörigen Arbeitervereine, die Zahl ihrer Mitglieder und ihre Tätigkeit im Parteilieben. — Der Bericht ist für 1907 für die Partei insofern nicht mehr erfreulich, da er eine Abnahme der Mitgliederzahl anzeigt. Der gewaltige Zustrom nach dem Generalstreik 1906, in der Zeit des erfolgreichen Verfassungskampfes, brachte eben sehr viele Kleinbürgerlich-revolutionäre Elemente in die Partei, die jetzt abfallen, da die Sozialdemokratie ihren unklaren Erwartungen nicht entspricht. — Andere, nicht minder wichtige Abfallsgründe sind in der schweren Krise zu suchen, die seit dem Herbst 1907 auf Finnland besonders schwer lastete. Die Arbeitslosigkeit war fürchterlich groß, und ist auch gegenwärtig in Finnland größer als in den Hauptindustrielländern. Die Not hat viele Arbeiter aus ihren ehemaligen Wohnorten vertrieben, so sind mehrere Arbeitervereine einfach eingestürzt. Kerner ist der Druck der russischen Gewalt zu bedenken. Seine Wirkung ist zwar derzeit noch indirekt, denn direkt hat die Gewalt sich an die Organisationen noch nicht herangewagt.

Im Berichtsjahre war die Zahl der zur Partei gehörigen Vereine 1947 (1127 im Vorjahre), ihre Zahl ist also um 150 gewachsen! Daron haben aber 300 (274) Vereine keine Berichte eingesandt, sie werden zum überwiegenden Teil als erfolglos anzusehen sein. Die zur Partei gehörigen Arbeitervereine haben noch besondere Abteilungen, so z. B. Kleinpächterabteilungen 46 (70), Frauenabteilungen 114 (126), Gewerkschaften 527 (557). Selber ist auch hier eine Abnahme zu konstatieren! Die große Abnahme der Kleinpächterorganisationen ist besonders bedauerlich, aber bei dem sehr geringen Bildungsgrad dieser ausgelegenen Halbflaven finnischer bäuerlicher Grundbesitzer auch erklärlich; diese armen Leute erwarteten eine unerschöpfliche Lösung der Agrarfrage, und da die Sozialdemokratie das nicht durchzuführen vermochte, verließen die verarmtesten Pflanzgärten wieder ihrem früheren Stumpfsinn.

Die Zahl der Parteimitglieder ist jetzt auf 58 293 (71 286), also um 12 973 gesunken. (1908 war die Mitgliederzahl bekanntlich auf über 80 000 gestiegen!) Von den Mitgliedern sind 43 599 (54 438) Männer, 14 694 (16 828) Frauen.

Materiell hat die Partei bessere Fortschritte gemacht. Im Berichtsjahre ist die Zahl der Vereine, die eigene Vereinshäuser besitzen, auf 533 (370) gestiegen, das ist ein Mehr von 163 eigener

Häuser! In den Vereinsbibliotheken zählte man 60 572 (66 522) Bände verschiedener Schriften im Werte von 121 220 (98 616) F. M. Es ist wichtig, daß der Wert bedeutend gestiegen ist, obgleich die Zahl der Bände infolge Aussterbens vieler Vereine gefallen ist. Neben 13 912 (10 983) Vereinsversammlungen wurden 2208 (2361) allgemeine Volksversammlungen einberufen. Außerdem wurden 11 093 (8001) Unterhaltungsabende, 587 (503) Bajare resp. Lotterien und 317 (420) Unterhaltungsreisen veranstaltet. Die Vermehrung der Unterhaltungsabende, namentlich aber der Bajare ist darauf zurückzuführen, daß so viele neue Vereinshäuser errichtet wurden, für die durch jene Veranstaltungen die Mittel geschaffen wurden.

Der Bericht führt noch an 224 (195) Bühnenvereinigungen, 54 (60) Gefangenschöre, 65 (53) Arbeiterorchester und 119 (70) Sport- und Turnvereine der Arbeiter. — Die Unterstützung der Arbeitervereine durch die Kommunen geht stetig zurück. Im Berichtsjahre erhielten die Vereine 21 335 (37 007) F. M. Die Bürgerlichen erkennen immer mehr, daß es unmöglich ist, den Klassenkampf durch Geldwendungen zur Verminderung zu bringen. — Die Einnahmen der Partei betragen 2 065 563 (2 508 481), die Ausgaben 1 870 896 (2 891 130) F. M., so daß ein Ueberschuß von 194 697 (116 351) F. M. verblieb. Das Vermögen der Partei ist auf 3 984 964 (3 361 030) F. M. angewachsen, ein Plus von 579 925 F. M.!

In der Volksvertretung hatte die Partei seit dem 1. Mai d. J. 88 (94) Abgeordnete, in den Gemeindeverwaltungen 309 (351). — Auch dafür bringt der Bericht Beweise, daß der Klassenkampf überall schwerer ist und Opfer kostet. Die Gerichte verhängten 1909 in Arbeiterprozessen 3670 (3885) M. Geld- und 526 (2011) Tage Freiheitsstrafen.

So betrübend die Tatsache des Rückganges der Mitgliederzahl in der finnischen Partei auch ist, einen Rückgang der Partei in jeder Hinsicht bedeutet sie keineswegs. Nicht nur hat die Partei ihre Vertreterzahl in der Volksvertretung von Jahr zu Jahr zu vermehren vermocht, sondern auch in den Gemeinden. Weidest ist ja nur möglich durch die Vermehrung der Rassen, welche die sozialdemokratische Politik gutheißen. Eifrige Arbeit wird die sozialdemokratischen Wähler mehr und mehr zu Parteimitgliedern machen können.

Soziales.

Unberechtigter Lohnabzug für jüdische Feiertage.

Der Schneidermeister Windeles hatte die bei ihm beschäftigte Schneiderin S. an den jüdischen Feiertagen, am 4., 5. und 13. Oktober, nicht arbeiten lassen und bei den folgenden Lohnzahlungen den Lohn für diese Tage nicht bezahlt. Das Innungschiedsgericht, das sich gestern mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, bezeichnete diese Lohnabzüge im Gesamtbetrage von 10 M. als unzulässig und empfahl dem besagten Arbeitgeber die Forderung anzuerkennen. Dem Vorschlage wurde dann auch entsprochen.

Das Innungschiedsgericht

Es fällt an seiner verkehrten Rechtsauffassung, daß durch das bloße Bestehen eines Tarifvertrages, dessen Bestimmungen örtlich nicht gelten, unentgeltlich fest, wie ein gestern verhandelter Rechtsstreit zeigte. Die Schneiderin S. verlangte von dem Inhaber eines Modelfabrics, namens Goldberg, eine 14tägige Lohnvergütung, weil sie nach einer überstandenen Krankheit von zweiwöchentlich Dauer freistellend entlassen wurde. Das Schiedsgericht wies die Klage ab, weil der Tarifvertrag für die Modelfabrikbranche Kündigungsanspruch vorzieht und somit der letztere örtlich nicht gilt.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Ortsüblichkeit nur dann angenommen werden kann, wenn der Tarifvertrag, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, von fast sämtlichen Arbeitgebern der Branche anerkannt worden ist und eingehalten wird. Wenn aber, wie in der Modelfabrikbranche, der Tarifvertrag noch nicht einmal in 50 Proz. der Betriebe Geltung hat, kann auch von einer Ortsüblichkeit der Vorschriften des Tarifvertrages keine Rede sein.

Vom Landarbeiterlohn in Westpreußen.

Dem Bericht der „Ostdeutschen Tageszeitung“ über eine Gerichtsverhandlung vor der Königer Strafkammer entnehmen wir folgende grelle Schlaglichter über die „patriarchalischen“ Zustände, unter denen die Landarbeiter auf dem Herrn v. Komierowki gehörigen Rittergut Komierowo, Kreis Flatow, leiden. Das sich aus der Verhandlung entrollende Bild ist typisch für die Rechtslosigkeit der Arbeiter.

Der Krugwirt Witski hatte vollberechtigte Klagen rechtswidriger Behandlung von Arbeitern zu einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft verdichtet. Die Folge war eine Anklage gegen ihn. Er soll den Besitzer oder seinen Inspektor (v. Komierowki) deshalb beleidigt haben, weil in der Strafanzeige behauptet war, „die Arbeiter seien betrogen“. Das Amtsgericht in Pempelsburg verurteilte den Krugwirt, der sich der in ihren Rechten org gekürzten Arbeiter angenommen hatte, zu 50 M. Das Landgericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hatte und lediglich hatte ausdrücken wollen: die Arbeiter sind geschädigt, Klage an, falls die Tatsachen eine strafbare Handlung ergeben.

Die Verhandlung ergab, daß die Guisarbeiter über den Inspektor außerordentlich unzufrieden sind und daß diese Unzufriedenheit voll berechtigt war. Einige Verhandlungsergebnisse beweisen das:

Da war eines Tages an einer Tür ein Schloß abgerissen. Was tut der Herr Inspektor? Er beruft alle Arbeiter zum Appell und kündigt folgendes an: Jedem von Euch, jeder Insaunfamille, werden so lange zwei Mark Lohn einbehalten, bis der Uebeltäter entdeckt ist. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Mayer, bemerkte, als der Inspektor das sagte: „Also, Sie verfahren so wie jener Kompagnieführer, der jeden Mann der Kompagnie bestrafte, weil sich der Schuldige nicht ermitteln läßt?“ — Zur Entschuldigung für das an Erpressung zum mindesten streifende Verfahren gab der Inspektor an, daß er später, als der Schuldige ermittelt war, den Leuten das zurückbehaltenen Geld ausgezahlt habe. Die Leute sprachen im Krug ganz offen ihre Ansicht dahin aus: „Wir werden alle betrogen.“ Darin waren sich die polnischen und die deutschen Gutsarbeiter (aus Rommern) einig. Das Wort „betrogen“ war natürlich nicht im juristischen Sinne gemeint. Die Arbeiter meinten: Wir sind geschädigt, wir kommen nicht zu unserm Gelde. Ein anderer Fall, der nach Aussage des Inspektors wohl auf einem Irrtum beruhen kann: Ein Arbeiter hatte einen Scheffel Roggen zu beanspruchen (als Deputat). Der Inspektor zeigte dem Arbeiter auch eine Liste von Deputanten, der Name des Arbeiters steht in dieser Liste. Der Arbeiter geht nach der Mühle, wo er das Mehl aus dem ihm zustehenden Scheffel Roggen abholen will. Der Müller aber zuckt mit den Achseln: „In meiner Liste steht Du nicht — Du kannst also kein Mehl bekommen.“ — Nun forschet der Arbeiter nach einige Male, halb beim Inspektor, halb beim Müller. Schließlich läßt er's ruhen, da ihm einmündig zu seinem Recht verhilft. Im Krug — und auch bei der Arbeit — sagt er's den andern. Diese erwidern ihm achselzuckend: Wir sind auch schon betrogen worden. Und ist das nichts Neues. „Und so bin ich den Scheffel verloren gegangen“, sagt der polnische Gutsarbeiter in gebrochenem Deutsch vor dem Richter. Der Inspektor hat später dem Mann den Scheffel gegeben. Gerade dieser Scheffel, den der eine Arbeiter nicht bekam, hat folgendes zugeebracht: Der Scharwerker des geschädigten Arbeiters gibt seinen Dienst auf, indem er sagt: Du

kriegst keinen Roggen und mußt darben; Du hast also selber kaum zu essen und willst mich noch füttern? — Da geh ich lieber.“ — Nun stellt auch die Frau des erwählten Arbeiters, da sie Kindeswunden entgegengibt, die Arbeit ein, und der Inspektor sagt zum Arbeiter: „Du hältst Deinen Vertrag schlecht, Dein Scharwerker zieht ab und Deine Frau arbeitet nicht — also kannst Du auch nicht viel Lohn beanspruchen.“ Der Arbeiter meint: „Ja, ich bin doch nicht schuldig! Mein Scharwerker ging doch blö, weil Sie mich den Scheffel Roggen nicht gegeben haben.“ — Nun kündigt der Arbeiter zu Wazien. Er will sich ein besseres Brot suchen. Mit ihm kündigt auch andere. Das ärgert den Inspektor. Er ordnet an, daß die Unzufriedenen fortan nicht mehr auf Akford dreschen dürfen, sondern nur auf einfaches Tagelohn (50 Pf.) arbeiten. Die Arbeiter besprechen, ob das im Lohnvertrag stehe. Der Lohnvertrag wird nachgesehen. Es steht nichts darin. Durch die Besetzung des Akforddreschens sind sie erheblich geschädigt. Sie bestimmen vom Kündigungsstage bis zum Austritt (Wazien) nicht mehr den 13. Scheffel des ausgewachsenen Getreides. — „Haben Sie darüber mit dem Krugwirt gesprochen und ihn beauftragt, Anzeige wegen Betruges zu machen?“ — Auf diese Frage sagen einige Arbeiter „ja“, einer sagt: „Es redet eben jeder so sein Leid“ bei der Arbeit. Direkt gesagt habe ich nicht, daß er's anzeigen soll. Wir wollten eben nicht bleiben.“ Der Arbeiter, dessen Frau, wie erwähnt, in gelegenen Umständen war, erwidert besonders unsere Teilnahme. Der Inspektor sog ihm wegen seiner Minderleistung (da Frau und Scharwerker fehlten) 2 1/2 Scheffel Erbsen vom Lohne ab. Er bemerkte aber vor Gericht, er habe dem Arbeiter „Entgegenkommen“ gezeigt, indem er ihm nicht soviel abzog, als er eigentlich abziehen konnte! Als nun dieser Arbeiter mitgebracht wurde, ließ er ihn zunächst bis zum Abend dreschen und erklärte ihm, er müsse, da er seinen Vertrag nicht erfüllen könne, binnen drei Tagen das Gut räumen. Der Arbeiter mühte dann 30 M. für den Umzug zahlen. Einige Stangen, die der Arbeiter, angeblich mit Bewilligung des Inspektors, zum Jaunbau genommen hatte, bewertete der Inspektor mit je 1 M. und sog ihm den Betrag vom Lohn ab. Die Stangen haben nach Angabe der Arbeiter nur einen Wert von je 5 Pf. gehabt. Dem Richter erklärt der Inspektor die Sache so: Es ist richtig, ich habe 1 M. für jede Stange abgezogen. Aber wenn ich den Mann wegen Entwendung der Stangen hätte anzeigen wollen, dann hätte er Geldstrafe, Wertersatz und noch die Kosten zu zahlen gehabt. Also ist er ja noch billig weggekommen. Alles Geld, das den Arbeitern auf diese Weise und auch als Strafgeld abgezogen wurde, hat der Inspektor dem Pfarrrer übergeben für die Kirche! Auch davon hat in den Lohnverträgen nichts gestanden.

So werden die Arbeiter in ihren Rechten — ob absichtlich oder unabsichtlich ist für den Arbeiter ganz gleich — mißhandelt, und wenn jemand die staatsrechtliche Verfolgung dieser ungewissenhaft dem Zivilrecht ins Gewicht schlagenden Ausbeutung der Notlage der Arbeiter zur Anzeige bringt, wird nicht der Inspektor, sondern der berechtigte Interessen Wahrnehmende auf die Anklagebank gebracht. Und doch muß die Staatsanwaltschaft in den Handlungen des Inspektors die Tatbestandsmerkmale der Erpressung oder des Betruges gefunden haben; — denn sie aus obigem Sachverhalt herauszufinden, fällt nicht schwer. Sie mag die Anklage unterlassen haben, weil sie erst aus der Verhandlung gegen Witski den wahren Sachverhalt ersehen haben mag. Wird sie nun Anklage gegen den Inspektor erheben?

Aus Industrie und Handel.

Der Tribut an die Agrarier.

Der Reichstagsabgeordnete und frühere Direktor der Darmstädter Bank, Raempf, hatte in einer Berliner Bezirksvereinsversammlung vom 500 Millionen Tribut an die Agrarier gesprochen. Sofort setzten sich die Redakteure der preussischen Schnaps- und Schweinefleisch-Zeitungen auf die Hosen und rechneten dann in der Nr. 524 den Herren, „die sich nicht einmal die Mühe gegeben haben, überhaupt eine ernsthafte Untersuchung über die Wirkung der Getreidezölle auf die Preise anzustellen“, vor, wieviel die Agrarier in Wirklichkeit an den Zöllen verdienen. Sie stellten einige Durchschnittspreise für Roggen und Weizen im In- und Auslande in den Jahren 1906—09 zusammen, brachten von dem deutschen Weizenpreis die Fracht in Abzug und meinten dann, nachgewiesen zu haben, daß der Zoll durchaus nicht im deutschen Roggen- und Weizenpreise voll in die Erscheinung trete. Für Roggen betrage die Zollwirkung höchstens 26 M. — im Durchschnitt der drei Jahre — bei 50 M. Zoll, und beim Weizen seien es nur 36 M., die von dem 55 Mark-Zoll in die Erscheinung kämen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat bei dem Eifer, einen „niedrigen Gewinn anzurechnen, einige „kleine“ Fehler gemacht. Sie stellte nämlich bei den in- und ausländischen Weizenpreisen verschiedene Dualitäten gegenüber! Der in Berlin mit 215 M. im Durchschnitt verkaufte Weizen ist in der Qualität viel geringer als der in Vergleich gezogene New Yorker Weizen von 175 M. Marktwert pro Tonne. Der Weltmarktpreis des in Berlin mit 215 M. verkauften Weizens beträgt in Wirklichkeit nur knapp 155 M.! Die Differenz macht also 60 M. aus, davon gehen z. B. 10 M. Fracht ab, so daß eine Erhöhung um nahezu den vollen Zollbetrag bleibt. Aufzig ist nur aber noch, daß wie das „V. L.“ hervorhebt, die jüngsten Feststellungen des „Deutschen Landwirtschaftsrates“ die „Deutsche Tageszeitung“ debavantierte. Nach den erwähnten Ermittlungen vom 4. November 1910 kostete in Hamburg

russischer Weizen, verzollt	205,— M.
in Dossa stellte sich der Preis für dieselbe Ware auf	185,65
Also Differenz	69,35 M.

Darüber geben, wieder nach den Feststellungen des „Deutschen Landwirtschaftsrates“, an Frachtkosten von Dossa bis Hamburg 10,50 M. pro Tonne ab. Es bleibt also eine Differenz von sage und schreibe 58,85 Mark bei einem Zollsaße von 55 M.

Ueber die Regelung der außerordentlichen Zolltarifverträge hat die deutsche Regierung seit einiger Zeit mit amerikanischen Vertretern Verhandlungen gepflogen, die nunmehr, ohne daß sie zu einer Verständigung geführt hätten, abgebrochen worden sind. Die Amerikaner verlangten, daß die mit der Schidmaningruppe abgeschlossenen Verträge für die volle Geltungsdauer rechtswirksam bleiben sollten, wofür sie sich verpflichten wollten, die Hälfte der Reichsteuer zu zahlen. Von den Regierungsdirektoren wurde die Forderung auf volle Zahlungspflicht erhoben, worauf die Amerikaner auf Weiterverhandlungen verzichteten. Die verhandelt, sind aber bereits erneut Schritte getan worden, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Kartoffelernteerhebung und Saatensandbericht der Preisberichts-tabelle des Deutschen Landwirtschaftsrates. Die Durchschnittsernteerhebung für Preußen hat sich von 87,1 Proz. seit dem Vormonat auf 93,6 gehoben, wobei die besten Rotten auf Brandenburg (108,8), Pommern (104,8), Ostpreußen (102,4) und Polen (102,0) entfielen. Kummer in den genannten preussischen Provinzen finden sich Ernteschäden über 100 noch in Mecklenburg-Schwerin (111,0) und in Mecklenburg-Strelitz (105,2). Das Rheinland mit 78,1, Hessen-Rassau mit 72,7 und Welfenland mit 64,3 haben am ungünstigsten abgeerntet. Daran schließt sich Bayern mit 72,8, Württemberg mit 61,8, Baden

mit 60,4 und Fleisch-Verkäufen mit 61,0 Proz. Der sich für das ganze Reich ergebende Durchschnitt von 67,5 Proz. (gegen 64,8 Proz. im Vorjahre) bedeutet gegenüber dem Vormonate eine Besserung von 2,7 Proz. Der Verlust an frischen und sauren Knollen erreicht diesmal 8,9 Proz., während im Vorjahre nur 5,1 Proz. in Abzug kamen.

Verfälschung der Lebenshaltung.

Nach einer vergleichenden Darstellung in dem Geschäftsbericht des Konsumvereins Neufelwisch betrug der durchschnittliche Jahresumsatz pro Kopf der Mitglieder dieses Vereins:

	1909	1910	
Bier	113 Pf.	82 Pf.	oder 27 Proz. weniger
Kaffee	15,5 Pf.	13,4 Pf.	13
Brot	5,4 Pf.	7 Pf.	17
Zigaretten	297 St.	281 St.	5,4
Zobak	2,1 Pf.	1,7 Pf.	19
Brot	68 Pf.	67 Pf.	1,5
Kartoffeln	188 Pf.	240 Pf.	31
Margarine	35,7 Pf.	30,3 Pf.	10
Marmeladen	11,5 Pf.	1,8 Pf.	16
Pflaumenmus	2,9 Pf.	3,7 Pf.	27
Schup und Mäbenast	7,7 Pf.	9,6 Pf.	24
Juderhonig	2,3 Pf.	3,6 Pf.	56

Wie diese Aufstellung zeigt, ist der Verbrauch von Bier, Kaffee, Zigaretten und Tabak besonders stark zurückgegangen. Gefallen ist auch der Verbrauch von Brot, was darauf schließen läßt, daß der Fleischverbrauch im allgemeinen eine Verminderung erfahren hat. Gleichzeitig hat auch der Brotverbrauch abgenommen. Diesen Verbrauchsveränderungen steht ein starker Mehrverbrauch von Kartoffeln gegenüber. Eine Verfälschung der Lebenshaltung ergibt sich weiter noch aus dem erheblichen Mehrverbrauch an Surrogaten. Erfreulich ist der Rückgang des Schnapskonsums. Der Konsum in Spirituosen ist von 40 140 Liter im Vorjahre auf 23 330 Liter im Jahre 1910 zurückgegangen. Das ist ein ungewöhnlicher Erfolg der Schnapsblockpolitik.

Milchpreise. In dem neuesten Hefte der statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden befindet sich eine Darstellung über die Bewegung des Vollmilchpreises im Kleinhandel (Ladenpreis) seit 1897 bis zum Jahre 1909. Nach genauen, allwöchentlichen Preisfeststellungen in den 60 Amtsgerichtsbezirken des Landes betrug der Durchschnittspreis 1898 in den Monaten Januar, Februar und Juli 17 Pf., in den übrigen Monaten 16 Pf. Er stieg von da an allmählich bis auf 19 Pf. Es scheint sich aus der Statistik der monatlichen Durchschnittspreise zu ergeben, daß die Höhe des Milchpreises von der Jahreszeit unabhängig ist.

Vergleicht man die Vollmilchpreise der 16 größeren Städte Badens in den Jahresdurchschnitten, so sind die Differenzen nicht unerheblich. Die Spannung betrug 1897: 5 Pf., 1909 noch 4 Pf. Die höchsten Milchpreise (20 Pf.) wurden 1897 in den Städten Mannheim, Pforzheim, Heidelberg, Bruchsal, Lörrach und Ettlingen gezahlt; 1909 betrug das Maximum 22 Pf. in Mannheim, Freiburg, Heidelberg und Baden. Mit zunehmender Größe der Orte steigen im allgemeinen auch die Milchpreise. Die Durchschnittspreise betragen in den 12 Jahren 15,8 bis 19,6 Pf. je nach der Größe der Ortschaft.

Steigerung der Warenpreise.

Während im vergangenen Jahre die Warenpreise im Großhandel von August auf September eine sehr kräftige Abnahme erfahren, ist in derselben Zeit dieses Jahres eine scharfe Wendung nach oben erfolgt. Die Steigerung war derartig stark, daß das Minimum gegenüber dem Vorjahre, das im August bereits eine erfreuliche Höhe erreicht hatte, wieder auf eine Kleinigkeit zurückgegangen ist. Der Index für 17 Waren, deren Preis in Verhältnis zu ihren Konsummengen berechnet wird, betrug nämlich:

	1909	1910	Gegen 1909
August	6 094,36	5 759,80	- 5,49 Proz.
September	5 876,72	5 826,83	- 0,86

Im vorigen Jahre war die Indexziffer von August auf September um 3,53 Proz. gesunken, in diesem Jahre ist sie im gleichen Zeitraum um 1,15 Proz. in die Höhe gegangen.

Die Teuerung und die Trunksucht. Nach der Statistik „Erbschrot“ ist in Amerika der Preis von 57 Gegenständen des täglichen Verbrauches seit 1896 um 70 Proz. gestiegen. Die englische Zeitschrift „Twentieth Century“ bemerkt dazu, es sei ein Attentat auf Moral und gesunde Menschenverstand, wenn versucht werde, diese Steigerung auf den „gesunkenen Geldwert“ zurückzuführen und die Preissteigerung in den übrigen Ländern, die noch nicht halb so hoch sei, als Beweis anzuführen, „um die Raubgier der durch skandalöse Höhe geschützten Trunksucht zu rechtfertigen. Die Finanz- und Industriemagnaten, die Spekulant und Ausländer allein tragen die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage.“ Im sozialdemokratischen „Herold“ stellt C. Sandburg eine Reihe schlagender Tatsachen zusammen. Danach sind seit 1900 die Kosten des Lebensunterhaltes, fast — entsprechend den technischen Fortschritten — um 15 Proz. zu sinken, um 40 Proz. gestiegen. Die Löhne der gelehrten Arbeiter seien um 20 Proz., die der ungelehrten gar nicht gestiegen. Eine Familie bedürfe, um anständig leben zu können, mindestens 700 Dollar im Jahre, während der Durchschnittslohn nur 432,20 Dollar beträgt; mit den Extremen 21,88 Dollar wöchentlich als Höchst- und 5,23 Dollar (für Frauen 2,26 Dollar) als Mindestlohn.

Die Ursache dieser Not liegt in der Organisation des Kapitals. Vier Fünftel des Reichtums des Landes sind in die Hände der Monopolisten gefallen. Ein Zwölftel des Landes gehört den Pacificbahnen. Fleisch im Werte von 1 1/2 Milliarden Dollar, Milch, Eier und andere Nahrungsmittel im Werte von über eine Milliarde wurden nach zuverlässigen Verichten von Mitte 1909/10 in die Vorrathshäuser der Trunksucht gelegt. Stahl, Kohle, Öl, Wolle, Baumwolle, Holz und fast alle Rohstoffe werden von den Trunksüchtigen beherrscht. — Das Geschäft des Fleisch- und Milchhandels beläuft sich nach Gen. Berger auf jährlich 700, sein Reingewinn auf über 200 Millionen Dollar.

Verfammlungen.

Krankenkassensplittierung durch die Schlächtererinnung. Jedesmal, wenn die Mitglieder der Ortskrankenkasse des Schlächtergewerbes nicht solche Personen in die Verwaltung wählten, welche den Innungsführern genehm waren, drohten diese mit der Gründung einer Innungskrankenkasse. Bei den letzten Wahlen zur Ortskrankenkasse haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer nach hartem Kampf mit den Gelden die Mehrheit erhalten. Die Folge davon war, daß die Verwaltung mancherlei Verbesserungen für die Mitglieder durchsetzte. Unter anderem wurde das Kranken- und Sterbegeld erhöht. Auch manche Mißbilligkeiten, die sich

unter der früheren Verwaltung bemerkbar gemacht hatten, wurden durch die jetzige Verwaltung beseitigt. Vor allem wird streng darauf gesehen, daß sich keiner der Arbeitgeber durch Nachlässigkeit seinen Pflichten entziehen kann. Da der maßgebende Einfluß, den die Innungsleiter früher auf die Verwaltung der Ortskrankenkasse ausübten, nunmehr endgültig gebrochen ist, hat die Innung ihre lange gehegte Absicht ausgeführt und die Gründung einer Innungskrankenkasse beschlossen, deren Statut auch bereits von der Behörde genehmigt ist. Die Innungskrankenkasse wird also in nächster Zeit ins Leben treten. Dadurch wird der Ortskrankenkasse ein großer Teil der Mitglieder entzogen. Daß die so geschwächte Kasse nicht instande sein wird, noch weitere Verbesserungen im Interesse der Mitglieder durchzuführen, ist erklärlich. Die Innungskrankenkasse bietet ihren Mitgliedern geringere Krankengeldsätze als die Ortskrankenkasse. Die Interessen der Versicherten werden also durch die Gründung der Innungskrankenkasse geschädigt. Aber die Innungsleiter haben ihren Willen. Sie haben, wie sie sich ausdrücken, wieder eine Krankenkasse, wo sie mit ihren Gesellen allein sind und mit den Notizen nichts zu tun haben.

Um den im Fleischerhandwerk Beschäftigten zu zeigen, daß sie nur Nachteile durch die Gründung der Innungskrankenkasse zu erwarten haben, hatte der Vorstand der Ortskrankenkasse am Dienstag eine Versammlung der Kassenglieder und Arbeitgeber einberufen. Nach einem Vortrage von Gustav Bauer über die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung sprach Dr. Bergmann und Hensel über die Folgen, welche die Gründung der Innungskrankenkasse für die Versicherten haben werde. Sie betonten, daß es den Innungsleitern in erster Linie darauf ankomme, sich ihren Einfluß in der Krankenkasse zu sichern und daß zu diesem Zweck die leistungsfähige Ortskrankenkasse gesplittert werde. Bei der engen Verbindung zwischen den leitenden Personen der Innungskrankenkasse und des Innungsarbeitsnachweises sei zu befürchten, daß Gesellen, welche öfter krank werden, keine Arbeit erhalten. Der beste Protest gegen die nicht mehr zu verändernde Gründung der Innungskrankenkasse sei der, daß die Arbeitnehmer im Schlächtergewerbe sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen dem Verbands angeschlossen. Dann könnten auch die Absichten, welche mit der Gründung der Innungskrankenkasse verfolgt würden, vereitelt werden. — Eine scharfe Kritik wurde an dem Verhalten des Schlächtermeisters Rechner geübt, weil auch er zu den Verantwortlichen der Innungskrankenkasse gehört, obgleich er Vorstandmitglied der Ortskrankenkasse ist und sich auf dem letzten Krankentagungsversammlungen in Berlin gegen die Innungskrankenkassen ausgesprochen hat.

Aus aller Welt.

Der deutsche Fünfmaster „Preußen“ gestrandet.

Während eines schweren Sturms ist am Sonnabendabend im Kanal der deutsche Fünfmaster „Preußen“, eines der größten Segelschiffe der Welt, mit dem englischen Turbinendampfer „Brighton“ zusammengestoßen. Beide Schiffe wurden dabei schwer beschädigt. Das deutsche Segelschiff war nach dem Zusammenstoß zunächst bei Dungeness vor Anker gegangen. Dann wurde es von drei Schleppschiffen ins Lau genommen. Während die „Preußen“ durch den Kanal geschleppt wurde, brach die Tross und die „Preußen“ lief zwischen St. Margarets und Dover in der Fens Bay bei schwerem Sturm und Regen auf.

Das Schiff liegt 200 Yards von den Klippen entfernt an einem Punkte, wo die Tiefe 200 Fuß hoch sind. Vier Schlepper liegen in der Nähe, doch ist es unmöglich, an die „Preußen“ heranzukommen. Ein Rettungsboot kam von Dover aus zu Hilfe, von einem Schlepper gezogen, der das Rettungsboot allmählich mit Hilfe eines langen Taues nahe an die „Preußen“ herantreiben ließ. Der Besatzung des Rettungsbootes, das jeden Augenblick in Gefahr war zu kentern, war es aber nicht möglich, an Bord der „Preußen“ zu kommen. Man rief hinüber, erhielt jedoch keine Antwort von der „Preußen“, obwohl in den Deckhäusern und an anderen Stellen Licht brannten. Schließlich wurde die Lage des Rettungsbootes derart gefährlich, daß der Schlepper wieder mit ihm nach Dover zurückkehrte, da die hohen Wellen über Deck schlugen und bis zur halben Höhe der Masten reichten, von denen bereits einer gebrochen war. Die nächsten Versuche, mit der „Preußen“ in Verbindung zu kommen, wurden mit dem Raketen-Apparat gemacht. Die Leine wurde von einem nahen Riff am Fuße der Klippen gerade über die Hauptmasteloge der „Preußen“ geschossen. Aber an Bord der „Preußen“ geschah nichts, obwohl man immer noch Licht sah.

Nach einer späteren Meldung des „Reuterschen Bureau“ aus Dover befindet sich die Mannschaft der gestrandeten „Preußen“ noch an Bord und will das Schiff nicht verlassen.

Der Kampf um den Nordpol.

Kapitän und Mannschaft des in Kopenhagen eingetroffenen Dampfers der grönländischen Handelskommission berichten, daß Knud Rasmussen, der mit dänischer Staatsunterstützung sich 6 Jahre auf einer Expedition in Grönland befindet, auch Pearys Eskimoneger auf Kap York getroffen habe. Nach deren Aussagen hätten weder Peary noch Cook den Nordpol erreicht. Rasmussen ist jetzt auf Wege zu einer Untersuchungs-Expedition nach dem Nordpol begriffen, begleitet von Cook, Pearys und anderen Eskimos.

Unwetter in Portugal.

Ein furchtbarer Sturm hat am Sonnabend und Sonntag an der portugiesischen Küste großen Schaden angerichtet; besonders Villa Real und Alentejo wurden schwer heimgesucht. Zahlreiche Schiffsunfälle werden berichtet; unter anderen sank ein Boot, dessen aus zehn Mann bestehende Besatzung ertrank. Viele Fischerboote sind gestrandet; die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Auch in Frankreich haben schwere Stürme und Regengüsse weite Gebiete des Landes heimgesucht. Schwer geschädigt wurde insbesondere das Vogesengebiet, wo die Mosel und Maas über ihre Ufer getreten sind.

Opfer der See.

Der in Tromsø in Norwegen eingetroffene Dampfer „Gisla“ berichtet, daß der große holländische Dampfer „Gamma“ im Weißen Meere bei heftigem Sturm mit der ganzen Besatzung untergegangen ist.

Man sah, wie das Achterschiff mit der Schraube sich in die Luft hob, worauf das Schiff im Laufe einer Minute sank. Bei dem Sturm war jede Hilfeleistung unmöglich.

Die Cholera in der Türkei.

Die zunehmende Zahl von Choleraerkrankungen in den verschiedenen Provinzen der Türkei wird darauf zurückgeführt, daß die Seuche von erkrankten und entlassenen Reservisten der Armee verschleppt worden ist. Es ist eine Sonderkommission gebildet worden, die der Ausbreitung der Cholera in der Armee entgegenwirken soll. — In Luzia sind unter den isolierten Randvertruppen in den letzten Tagen 23 Neuerkrankungen und 29 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Gegenwärtig sollen sich im Lazarett von Luzia 100 choleraerkrankte Soldaten befinden. Es verlautet, daß 400 in Luzia internierte Soldaten entflohen sind. Im Militärlager von Rodosto ist gleichfalls die Cholera ausgebrochen, ebenso in Adrianopel, wo gestern bei 18 Erkrankungen fünf Todesfälle vorkamen. In Konstantinopel waren heute 22 Erkrankungen und 11 Todesfälle zu verzeichnen.

Kleine Notizen.

Diebstahl in einem Museum. Das in Braunschwieg in der alten Regienkirche untergebrachte Vaterländische Museum ist in der Sonntagnacht von Einbrechern heimgesucht worden. Die Diebe haben das große Eingangstür mit einem Nachschlüssel geöffnet und im Museum sämtliche Kassen, die äußerst wertvolle Orden, Ehrenzeichen und Medaillen enthielten, erbrochen und geraubt.

Der Lenkballon B. VI, der sich zurzeit in Hamburg befindet, ist während eines heftigen Windes von seinem Führer durch Ziehen der Reichleine entleert worden. Der Ballon wird nach Vitterfeld zur Reuseflung geschickt und soll dann nach Berlin fahren, um hier seine Mundfahrten wieder aufzunehmen.

Der Hofrichter-Prozess in neuer Auflage? Der wegen Giftmordes zu 20 Jahren Kerker verurteilte Oberleutnant Hofrichter hat um die Wiederaufnahme seines Prozesses nachgesucht.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885. (C. S. 71.) Reanderstr. 4. Dienstag, den 8. November, abends 9 Uhr, im Restaurant Jüdenstr. 18/19: Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

— R. D. 20. Sie sind nicht mehr steuerpflichtig. Sie müssen aber sofort reklamieren. — Placzel, Schlachtenf. Auch in Privatangelegenheiten wird Auskunft erteilt. — Genosse. Ja. — R. S. 4. Die entbehrlichen Sachen unterliegen der Pfändung. Ohne zu wissen, welche Sachen Sie haben, können wir nicht sagen, was der Pfändung unterliegt. Zur Befreiung des Offenhandels können Sie dann geladen, wenn die Pfändung in Ihrer Wohnung nicht zur Befreiung des Gläubigers führt. — P. 10. Ihre Frau hat Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte. Ein Antrag ist an den Magistratskommissar für Invalidenversicherung, Am Röllischen Park 8, zu richten. — R. 100. Bestimmte geschäftliche Unternehmungen zu empfehlen, müssen wir ablehnen. Sie erfahren in Fachzeitschriften das nötige. — Rühl 1000. 1. Ja. 2. Sie können, wenn im Mietvertrage nichts anderes bestimmt ist, zu dem nächsten gesetzlich zulässigen Kündigungstermin kündigen. Welcher Termin dies ist, können wir Ihnen Angaben nicht entnehmen. 3. Nein. 4. Ja, wenn er auf Anweisung gebandelt hat. 5. Ja. — P. S. 50. Bei Ihrem Volontariat. — C. R. 28. Die Kasse ist nicht zu empfehlen. — J. 52. Nein. Nur bei rückständigen Steuern. — P. H. 73. 1. Großherzogliche Staatsbankrott. 2. In Redaktionsform der Betrag verlangt werden. — C. 44. Anspruch auf Rente besteht erst dann, wenn Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes vorliegt. Wir raten, einen Antrag auf Heilbehandlung bei dem Magistratskommissar für Invalidenversicherung, Am Röllischen Park 8, zu stellen. — Christ 608. Die Gefolge sind gute. Wir haben wiederholt berichtet. — C. J. Schlabach. 1. Ja, wünschenswert. 2. Ja, wenn die Veranlassung noch Ansprüche hat. 3. Ja. 4. Das Gericht. — M. R. 78. Sie sind versicherungspflichtig. Sie müssen die Karte beschaffen, während der Arbeitgeber die Rückzahlung hat. Die Hälfte der Beiträge können Ihnen vom Lohn abgezogen werden. — S. H. Denken Sie sich an die Zentralauskunftsstelle für Kaufmänner, Scheinstraße 4. — J. S. 23. Die Kopiedruckerei muß im Terminzimmer abgenommen werden. — D. W. 70. Nein.

Amthlicher Marktbericht der holländischen Marktbaue-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbläuen. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gedrückt. Fisch: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise nachgebend. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 7. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Amstelveen	747,6	SW	3	5,0	Amsterdam	750,0	SW	2	5,0
Rotterdam	747,6	SW	3	5,0	Utrecht	753,0	SW	1	5,0
Den Haag	747,6	SW	3	5,0	Brüssel	758,0	SW	1	5,0
Antwerpen	748,0	SW	4	5,0	Paris	758,0	SW	7	5,0
Lüttich	753,0	SW	4	5,0	Wien	755,0	SW	4	5,0

Wetterprognose für Dienstag, den 8. November 1910. Etwas wärmer, veränderlich, nachmittags mäßig mit Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Stationen	am 6.11.	am 7.11.	Stationen	am 6.11.	am 7.11.
Remel, Elbe	117	+10	Saale, Großsch.	164	+48
Regel, Müritzer	-30	-1	Saale, Sandau	66	-4
Weichsel, Thorn	28	-2	Waldenow	76	+2
Oder, Rathen	158	+11	Spree, Spremberg	84	-2
Neisse, Kreuz	125	-2	Wesler, Witten	40	+4
Neisse, Schramm	145	0	Wesler, Witten	30	-12
Warta, Landsberg	10	-1	Rhein, Wuppertal	475	-30
Warta, Landsberg	-9	-1	Wesler, Witten	30	-12
Warta, Landsberg	-4	+4	Wesler, Witten	30	-12
Warta, Landsberg	65	0	Wesler, Witten	30	-12
Warta, Landsberg	-4	+22	Wesler, Witten	30	-12
Warta, Landsberg	119	+3	Wesler, Witten	30	-12
Warta, Landsberg	110	+2	Wesler, Witten	30	-12

+ bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterbreit. Die obere D über war nach telegraphischer Meldung heute morgen bei Ralldor mit 448 cm auf Ausbreitungshöhe gestiegen und steigt weiter.

"MAGGI's gute, sparsame Küche".

Trotz der allgemeinen Teuerung

kauft man die bewährten und beliebten Erzeugnisse der MAGGI-Gesellschaft überall zu den alten gleich billigen Preisen.

Beim Einkauf verlange man ausdrücklich **MAGGI-Würze • MAGGI-Suppen • MAGGI-Bouillon-Würfel.**



Handmarke
Kreuzstern.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.



Fabriken in:

Spandau, Viersen, Dülken, Breslau,
Heilbronn, Basel

Schokolade- und Backwaren-Fabrik in Viersen.

Ueber **1000** Filialen

in allen grösseren und mittleren Städten Deutschlands und der Schweiz.



Kaiser's
Kaffee

besonders zu empfehlen:
mittelamerikan. Mischungen
zu Mk. 0.70 und 0.80
das 1/2 Pfd.

Kaiser's
Malzkaffee
unübertroffen,
nur 25 Pf. das Pfund.

Tee
neueste Ernte, direkter Import
Mk. 1.60 bis 5.00 das Pfd.
offen und in Paketen.
Probepaketchen 10 Pf.

Kaiser's entölter
Kakao
in Pulverform,
Mk. 1.00 bis 2.40 das Pfd.
Garantiert rein und
leicht löslich.

**Kaffee-
Zusätze**

**5 %
Rabatt**

Kaiser's
Schokoladen

zum Rohessen,
Mk. 0.05 bis 0.80
pro Tafel oder Riegel.

Feine
Dessert-Schokoladen
in Schachteln,
von Mk. 0.50 an.

Pralinen
von den billigsten bis zu
den feinsten Sorten,
Mk. 0.80 bis 4.00 das Pfd.

Biskuits
verschiedenster Mischungen,
in stets frischer Ware.

Bonbons
Malz- und Honig-Bonbons,
Mk. 0.50 das Pfund.
Englische Bonbons-Mischungen,
Mk. 0.60 und 0.80 das Pfd.
Russ. Drops, Mk. 0.80 das Pfd.

Kaiser's
Kräuter-Printen

Reiner
Bienenhonig
pro Glas Mk. 0.55 und 1.00

**5 %
Rabatt**

Berlin N.

Brunnenstraße 151
Badstraße 18
Chausseestraße 33
Choriner Straße 20a
Danziger Straße 90
Dalldorfer Straße 23
Fennstraße 52
Franseckystraße 50
Kastanienallee 39a
Müllerstraße 166
Reinickendorfer Straße 18
Swinemünder Straße 87
Tresckowstraße 18
Usedomstraße 17
Weinbergsweg 5
Wolliner Straße 43
Prinzenallee 31
Prinz-Eugen-Straße 20
Pappelallee 3-4
Schönhauser Allee 110.

Berlin NW.

Bredowstraße 43
Beußelstraße 29
Huttenstraße 4
Lübecker Straße 20
Luisenstraße 43-44
Alt-Moabit 112
Melanchthonstraße 1
Stephanstraße 42
Turmstraße 47a
Wilsnacker Straße 30

Berlin W.

Culmstraße 1
Genthiner Straße 26
Gloditschstraße 45
Lützowstraße 83
Steinmetzstraße 41

Berlin SW.

Bergmannstraße 93
Zossener Straße 22

Berlin S.

Gräfestraße 25
Sebastianstraße 88

Berlin SO.

Admiralstraße 31-32
Köpenicker Straße 144
Muskauer Straße 13
Neanderstraße 37
Oranienstraße 1
Reichenberger Straße 123
Wrangelstraße 23
Wrangelstraße 54

Berlin O.

Andreasstraße 57
Boxhagener Straße 14-15
Ebertstraße 48
Frankfurter Allee 51

Frankfurter Allee 71
Grüner Weg 41
Gubener Straße 51
Krautstraße 48b
Königsberger Straße 31
Petersburger Straße 51
Richtofenstraße 15
Simon-Dach-Straße 13
Stralauer Allee 23b

Berlin NO.

Göllnowstraße 11
Greifswalder Straße 1
Landsberger Allee 29
Lippehner Straße 29

Berlin C.

Alte Schönhauser Straße 30

Britz

Chausseestraße 47

Charlottenburg

Augsburger Straße 44
Berliner Straße 115
Berliner Straße 144
Dankelmannstraße 60
Grolmannstraße 14
Suarezstraße 15
Holtzendorffstraße 4
Kleiststraße 19
Kaiser-Friedrich-Straße 57
Knobelsdorffstraße 48
Mommensenstraße 15
Nehringstraße 1
Pestalozzistraße 9a
Pestalozzistraße 29
Uhlendstraße 32
Wilmsdorfer Straße 129
Wilmsdorfer Straße 148

Boxhagen-Rummelsburg

Alt-Boxhagen 4-5

Wilmsdorf

Berliner Straße 131
Ringbahnstraße 13
Nürnbergers Straße 33-34

Friedrichsfelde-Karlshorst

Prinz-Heinrich-Straße 4

Friedrichsfelde

Berliner Straße 45

Lichtenberg

Frankfurter Chaussee 7
Frankfurter Allee 171
Wilhelmstraße 10

Weißensee

Königchausee 32

Pankow

Breite Straße 24a

Rosenthal

Hauptstraße 10

Reinickendorf-W.

Scharnweberstraße 16

Reinickendorf-Ost

Residenzstraße 107

Rixdorf

Hermannstraße 40
Hermannstraße 119
Kaiser-Friedrichstraße 242

Rummelsburg

Grünberger Straße 12
Schillerstraße 12

Schmargendorf

Breitestraße 22a

Schöneberg

Colonnenstraße 66
Goltzstraße 38
Hauptstraße 149
Tempelhofer Straße 21
Neue Winterfeldtstraße 44
Eisenacher Straße 78

Steglitz

Düppelstraße 28
Rheinstraße 41
Schloßstraße 85
Albrechtstraße 107

Tegel

Berliner Straße 9

Tempelhof

Berliner Straße 15

Adlershof

Bismarckstraße 14a

Nowawes

Friedrichstraße 15

Ober-Schöneeweide

Wilhelminenhofstraße 41
Edisonstraße 58

Potsdam

Brandenburger Straße 20
Nauener Straße 38

Spandau

Breitestraße 49
Hamburger Straße 85
Jägerstraße 1
Neuendorfer Straße 5a
Potsdamer Straße 1a
Schönwalder Straße 87

Treptow

Baumschulenweg 19-20

Mariendorf

Chausseestraße 34

Südende

Steglitzer Str. 25 (Ecke Langestr.)

Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Morgen den 9. November, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Die Nachwahl

im 4. Landtags-Wahlkreise

findet heute, Dienstag, statt. Kein Wahlmann darf fehlen! Sozialdemokratischer Kandidat ist: Schriftsteller Max Grünwald, Landgrafenstr. 3a.

Von Einbrechern niedergeschossen.

Eine schwere Missetat ist am Sonntag abend 9 Uhr in der Potsdamer Straße 88 verübt worden. Dort wurden in ihrer im dritten Stockwerk des Vorderhauses belegenen Wohnung der Damenschneider Robert Tetzle und seine Ehefrau Gertrud von einem bisher nicht ermittelten Einbrecher, der mit seinen beiden Komplizen nach der Tat die Flucht ergriff, durch mehrere Revolverkugeln lebensgefährlich verletzt. Tetzle starb bald darauf im Elisabeth-Krankenhaus, seine Frau dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Zu dem Vorfall, der überall das größte Aufsehen erregt, erhalten wir noch folgende Mitteilungen: Das Ehepaar Tetzle besuchte Sonntag nachmittag Angehörige in Lichtenrade und kehrte kurz nach 9 Uhr zurück. Frau Tetzle ging, mit ihrem 7 Monate alten Töchterchen auf dem Arm, etwas voraus nach der Wohnung, während ihr Mann sich mit einem Bekannten, den er in der Potsdamer Straße traf, noch einen Augenblick aufhielt. Als die Frau die Wohnungstür öffnete und nach dem gleich am Eingang liegenden Hauptbahn der Gasleitung ging, um Licht zu machen, trat ihr auf dem Korridor ein Keil mit dem Revolver in der Hand entgegen. Sie schrie laut auf und erhielt in demselben Augenblick einen Schlag in die rechte Kopfseite. Die Kugel blieb anscheinend im Gehirn stecken. Die Frau schleppte sich in das Zimmer hinein, schrie um Hilfe und brach mit dem Kinde auf dem Teppich zusammen. Als Tetzle heraufgejagt kam, schoß der Einbrecher sofort auch auf ihn. Die Kugel gerschmeiterte ihm den linken Oberarm und drang durch den Hals. Trotz der schweren Verletzung stürzte sich Tetzle auf den Einbrecher und rang mit ihm. Dieser schüttelte ihn ab, verletzte ihn durch einen zweiten Schlag an der Wirbelsäule und ergriff dann die Flucht. Tetzle verfolgte ihn, brach aber schon auf dem Treppenabgang zusammen und blieb liegen. In langen Schreien stürzte nun der Einbrecher die Treppe hinab und entkam. Mehrere Ärzte, die von den Hausbewohnern geholt wurden, wuschen den Schwerverwundeten Kampferinsprühungen, legten ihnen Notverbände an und ließen sie nach dem Elisabeth-Krankenhaus bringen. Die herbeigeholte Revierpolizei benachrichtigte die Kriminalpolizei, die alsbald erschien; später kamen auch ein Amtsrichter und ein Vertreter der Staatsanwaltschaft. Eine Vernehmung der Verwundeten war aber nicht möglich. Tetzle konnte im wesentlichen nur angeben, daß er den Einbrecher nicht kenne. Er verlor bald die Besinnung und starb nach kurzer Zeit.

In der Wohnung sah es wüst aus. Alle Behältnisse waren zerbrochen, ihr Inhalt, Briefschaften, Wäsche usw., war herausgerissen und zerstreut. Augenscheinlich hatte der Einbrecher alles nach Geld durchwühlt. Zum Erbrechen der Schränke usw. hatte er ein nicht schweres und breites, aber scharfzahniges Stemmleisen benutzt. In der Küche lag ein Bettel, ein Stück von einer zerissenen Lute, mit einer Nachricht von dem Dienstmädchen Helene Krenk, das plötzlich die Stellung verlassen hatte. Das Mädchen hatte mit Blei aufgeschrieben, daß es nicht wiederkommen werde und hat die Herrschaft, ihm den Karton nach dem jetzigen Aufenthaltsort, Rittenwalde, Mauerstraße Nr. 2, zu senden. Unter dem Buis von Schreibtischen fand man im Schlafzimmer auch einen Brief des Mädchens. Die Kriminalpolizei nahm den Latzbestand auf und begann noch in der Nacht ihre Nachforschungen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, kommen anscheinend drei junge Leute in den zwanziger Jahren als Täter in Frage. Der Einbrecher ist vom Treppensturz aus auf einem Uebergang zu der Hintertreppe gelangt, an der die Küchen der Wohnungen liegen. Neben den Flursteinen dieser Hintertreppe ziehen sich an der Hoffassade die Balkone der Küchen hin. Nach dem Befund war das Fenster auf der Vordertreppe zwischen dem zweiten und dritten Stock ausgehoben worden und stand an die Wand gelehnt, ein größeres Mittelfenster zwischen dem ersten und zweiten Stock war von den Einbrechern geöffnet worden. Die Pförtnerfrau glaubt sich entsinnen zu können, daß sich das Fenster zwischen dem zweiten und dritten Stock, das mit Nägeln besetzt war, noch in dem Rahmen befunden habe, als sie das Gaslicht anzündete. Ein Mann will gesehen haben, daß es um 7 Uhr schon auf dem Treppenabgang an der Wand stand. Ein Schankwirt, der unten im Hause sein Geschäft betreibt und kurz nach dem Fallen der Schüsse auf das Geschehen der Frau nach dem Hofe lief, teilt mit, daß auf dem Verbindungsgang am Hofe im ersten Stock ein Mann gestanden habe.

An den Anschlagsspuren erschien gestern eine Bekanntmachung, nach der für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt ist.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei gingen zunächst nach der Richtung hin, ob die Abreise des Dienstmädchens in irgendeiner Verbindung mit der Tat zu bringen sei. Das ist jedoch nicht der Fall. Das Mädchen ist in Rittenwalde von der Kriminalpolizei bereits vernommen worden. Es diente seit einiger Zeit bei Tetzle und ging jetzt zu ihrer Erholung nach Rittenwalde, weil es lungenleidend geworden ist. Es hatte in Berlin gar keine Bekanntschaften und verkehrte nur mit ihrem Bräutigam; dieser kommt aber für die Tat nicht in Betracht.

Eine Sichtung der von den Einbrechern mit großer Hast durcheinander geworfenen Rechnungen, Belege und andere Papiere förderte auch eine Anzahl Schecks zutage, die auf verschiedene hiesige Bankhäuser ausgestellt sind. Sie rühren zum Teil von Damen aus der Welt her, in der man sich nicht langweilt. Tetzle hat also auch hier Kundenhaft gehabt, und wahrscheinlich sind die Verbrecher unter dem Anhang dieser Kundenhaft zu suchen. Denn die Freunde dieser „Damen“ pflegen gerade bei den Geschäftsleuten, die Verbindung mit diesen Kreisen haben, viel Geld zu vermuten. Ob etwas getauscht worden ist, steht noch nicht fest. Sehr viel ist es wahrscheinlich nicht, denn die Leute standen mit ihrem Geschäft noch in den Anfängen.

An verschiedenen Schreibtischen haben sich Blutspuren gefunden. Das läßt darauf schließen, daß sich der Einbrecher beim Aufbrechen der Behältnisse verletzt haben kann.

Unter dem schweren Verdacht, das Verbrechen verübt zu haben, ist Arbeiter Paul Tippe verhaftet worden, dessen Schwester früher bei Tetzle gedient hat. Der Genannte soll seit längerer Zeit keine Arbeit gehabt haben und auch sonst das Schmerzkind seiner Familie gewesen sein. Die Kriminalpolizei wurde auf T. durch einen Mann aufmerksam, der sich auf die Säulenanstraße hin meldete und mitteilte, vor längerer Zeit von einem in der Sedanstraße in Schöneberg wohnenden Mann zur Teilnahme an einem Einbruch bei einem Damenschneider in der Potsdamer Straße aufgefordert worden zu sein. Das Haus, in dem der Verdächtige wohnte, konnte genau beschrieben werden, und es ergab sich, daß dort tatsächlich ein Bruder des früheren Dienstmädchens Tippe wohnte.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichshdt. Jahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw. am Mittwoch, den 9. November cr., abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Dranienstraße 103.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 157 bis 160 und 259 findet ein gemeinschaftlicher Zahlabend mit einem Vortrag des Genossen Julius Hilbrandt im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt. Der Vorstand.

Schöneberg. Die Genossen des 2. Kommunalwahlbezirks halten am Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, bei Folger, Ruffhauerstr. 28, einen gemeinsamen Zahlabend ab. Genosse Ed. Bernstein referiert über „Der Charakter der Verfassung“.

Schmargendorf. Am Montag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Restaurant zum Lindenbaum“, Spandauer Straße, Ecke Köfener Straße, statt des Zahlabends eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Groß-Lichterfelde. Der diesmalige Zahlabend findet für sämtliche Bezirke gemeinsam bei Wahrensdorf, Wäldstraße 22, statt. Genosse Schütte hält einen Vortrag über „das Zeitalter der Reformation“. Nachdem Zahlabend-Angelegenheiten. Der Vortrag beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Wohndorf. Am Mittwoch, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in Villa Kahl die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: Vortrag des Genossen Schriftstellers Simon Kapenstein über „Jugendberziehung“, Diskussion, Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin, Vereinsangelegenheiten und Geschäftsbesprechung.

Friedrichshagen. Der für heute abend festgesetzte Vortragsabend findet besonderer Umstände halber nicht statt.

Tegel und Borsigwalde. Am Sonnabend, den 12. November, findet in W. Trapps Festhale, Wahnstr. 1, der 5. Auswahlabend statt. Die Mitglieder können Willetts auf dem Zahlabend resp. bei den Bezirksführern in Empfang nehmen. In Borsigwalde sind außerdem noch Willetts beim Genossen Kienast, Mäusstr. 10, zu haben.

Da nur eine beschränkte Anzahl Willetts zu haben sind, empfiehlt es sich, daß die Mitglieder ihren Bedarf frühzeitig beden. Die Bezirksleitungen.

Königs-Wusterhausen. Der Zahlabend findet morgen Mittwoch abend 8 Uhr im Lokale von Ernst Heiderich, Berliner Str. 25, statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Wartesaal.

Weißlich grün flackernde Gasflammen werfen ihre Lichtkegel in die braune Dämmerung der Bahnhofshalle. Der Gang, der aus dem Lichthof mit den Fahrkartenschaltern zu den Wartesälen führt, liegt im Halbdunkel. Durch die großen Mattscheiben der Wartesaaltüren glimmert ein schwaches Leuchten mit unsharp Konturen und zitterigen Reflexen, wenn die mächtigen Türen ihren hohen Spalt öffnen. Die Menschen, die sich auf diesem Gange bewegen, der zum Wartesaal führt, gleichen Schatten. Nur wenn sich ihre Silhouetten gegen das Weiß oder Gelb der an den Wänden klebenden Fahrpläne abheben, bekommen sie etwas Körperliches.

Allerlei Gerüche dampfen aus den Wartesälen auf den Gang hinaus: Pratenflüster aus dem Wartesaal zweiter Klasse, Bierdunst aus dem Saal, der die Reisenden mit Fahrkarten für die dritte Wagenklasse beherbergt und ein stehender, beizender Geruch aus dem Wartesaal vierter Klasse. Und der Dunst der vierten Klasse ist am intensivsten. Er ist wie ein Gemisch von Schweiß und Leder, von derben, abgewetzten Kleidungsstücken und hartem, ausgetrocknetem Schwarzbrot. Die Menschen, denen dieser Geruch anhaftet, haben etwas Scheues und Rüdes. Sie sind heute zahlreich im Wartesaal vertreten. Ein großer Schuß von ihnen wird mit dem Nachtzuge in die fern im Osten, an der russischen Grenze liegende Heimat befördert werden. Jetzt sitzen sie auf den gelben Holzbänken des Warteraumes einzeln und in Gruppen. Auf einer wunderlich und grell bemalten Holzstange lauert ein Alter mit grauem, buschigen Schnauzbart. Eine Schar junger Mädchen, die buntgeblümte Tücher um das straff angeknämmte blondhaar gebunden haben, schwatzt und lacht; sie sitzen im Kreise um ihre ärmlichen Habseligkeiten, die in bündelartig geknüpften Päckchen auf dem Boden liegen. Ein paar halbwüchsige Jünglinge haben es sich am Tisch bequem gemacht. Vier steht vor ihnen, schiefbrennende Zigarren qualmen ihnen in den Mundwinkeln. Ihre Gesichter sind bartlos und hohlwangig.

An zwanzig Menschen sind es etwa: Männer und Frauen. Aber trotz der zur Schau getragenen Heiterkeit, die manchem von ihnen um die Lippen spielt, und trotz der Freude, daß es jetzt, wo im Westen die Erdarbeiten endlich beendet sind, wieder in die Heimat geht, sprechen Rot und Entbehrung gar zu deutlich aus den müden Gesichtern dieser abgearbeiteten, ausgefogenen Menschen.

Etwas Schwerees und Gedrücktes flackert durch den Raum, den nur matt die Gasflammen durchleuchten. Zu blauen, streifigen Wolken hat sich der Tabakqualm geballt, der nun in strähnigen Schwaden durch die wenigen geöffneten Fenster zur Bahnhofshalle hinausjagt.

Sin und wieder ertönt von dorthin ein Pfiff oder das Kreischen eines rangierenden Wagens. Vom Wiszet her klirrt ein Gläserklappern. Stimmen summen um die langgestreckten Tische.

Und sie sitzen noch immer einzeln und in Gruppen mit harten Händen, edigen Schädeln und der Heimatsfreude in den müden, doch groß aufgerissenen Augen.

Die Gasflammen werfen nach wie vor ihre grünlichen Lichtkegel in die braune Dämmerung des Hallenganges, den laut flackernd der eintönige Schritt eines Auf- und Abwandelnden durchmisst, und auf dem der stehend-beizende Duft schwellt, der sich einem aufdrängt, daß man ihn nie vergißt, der so überaus eigenartig ist für die Reisenden und Warteräume der vierten Klasse. . . .

Ein Massenabschuß von Damwild

hat am Sonnabend im Dranienburger Forst stattgefunden. Es handelte sich um eine Hoggagd, zu der der Kaiser den bei ihm zu Besuch weilenden russischen Alleinherrscher eingeladen hatte. Das Jagdrevier war in weitem Umkreise abgeperrt, die berittene Gendarmerie war bereits in der dem Jagdtage vorhergehenden Nacht auf dem Posten und am Sonnabend früh 7 Uhr zogen auch die Fußgendarmen mit Karabinern auf. 25 Jäger vom Gardejägerbataillon waren außerdem aufgeboden. Die Absperrung wurde sehr streng gehandhabt.

Im Jagdrevier war dafür Sorge getragen worden, daß reichlich Wild zum Abschluß vorhanden war; nach Zeitungsberichten hatte man vorher 1000 Stück Damwild in das Revier getrieben.

Nach einer Mitteilung des „Lokalanzeiger“ begann das Jagen um 11 Uhr, abgeblasen wurde um 12 Uhr. Dann ging es nach dem Frühstückspfad, wo die Strecke gelegt wurde. Nach dem Bericht beträgt die „Beute“ 300 Schauler und 200 Stück Mutterwild; außerdem wurden noch einige sehr starke Rothirsche geschossen, also für eine Stunde eine recht respektable Leistung. Das Erlegen von Wild bei einer Hoggagd geht in der Weise vor sich, daß dasselbe direkt vor die Wäpfe der kaiserlichen Schützen getrieben wird, die dann nur loszutreten brauchen, um in den meisten Fällen zu treffen. Der byzantinische „Lokalanzeiger“ weiß sogar zu vermelden, daß der Jar 35, der Kaiser 30 kapitale Schauler geschossen hätten.

Die Berliner Wildpret-handlungen sind auf einige Zeit mit Wild versorgt worden. Wenn solche Hoggagden öfter stattfinden und mit auch nur ähnlichen Ergebnissen enden, dürfte der Wildbestand in unseren Wäldern bald ausgerottet werden.

Im Zeichen des Nebels stand Berlin am Sonntag. Es war der erste starke Herbstnebel, der bei ziemlich niedriger Temperatur fast die ganze Nacht andauerte und sich bis in den Sonntagmittag hinein wie ein Nebel auf die Weltstadt legte. Wir haben ja bei uns schon stärkere und anhaltendere Nebel gehabt, aber immerhin war auch diesmal der Straßenverkehr zeitweise, wenn die graue Wand sich dichter zusammenschob, empfindlich beeinträchtigt. Zu größeren Verkehrsstörungen ist es jedoch nicht gekommen. Auch noch den ganzen Nachmittag hing der Himmel voller Weigen, so daß aus dem sonntäglichen Massenparadiergang nichts wurde. Der erwartete erste Schneefall blieb aus. Im vorigen Jahre wurden die Berliner gerade am Bußtag mit einem tollen Schneesturm, wie er seit Jahren nicht dazwischen war, bedacht.

Vom Submissionswesen.

Eine allgemeines Aufsehen erregende Submissionsblätte ergaben die Angebote von 46 Firmen für die Ausführung der Arbeiten für die Hochlegung der Ostbahnlinie. Diese Arbeiten sind in mehreren Losen ausgeschrieben. Bei Los 1a schwankten die Forderungen zwischen 232 000 M. und 95 800 M., bei Los 1b zwischen 217 850 M. und 87 400 M., bei Los 2 zwischen 58 430 M. und 15 497 M., bei Los 3 zwischen 69 110 M. und 25 979 M. Die Gesamtdifferenz betrug zwischen den höchsten und niedrigsten Forderungen rund 300 000 M., d. h. diese Differenz war großer, als die niedrigste Gesamtforderung mit 277 675 M.

Ein anderer Fall wird uns aus Lichtenberg berichtet, der das Unwesen der Ringbildungen beleuchtet. Dort war die Ausführung der Heizungsanlagen in der höheren Mädchenschule zu vergeben. Während einer nicht dem Ringe angehörenden Firma noch bei 26 000 M. der Unternehmergewinn lohnend erschien, waren die Ringfirmen sich einig, daß 46 000 M. das niedrigste Gebot sein durfte! Wenn im letzten Augenblick auch, mit dem ausgesprochenen Zwecke, die ringfreien Firmen an „freiwilliger Arbeit“ zu hindern, die Ringfirmen sich bereit erklärten, nun auch die Preise bis zu diesem Angebot zu erniedrigen, so ändert das an der Tatsache nichts, daß auch diese Herren bei der Verwertung der Steuergroschen sich gerne besondere „Verdienste“ erworben wollten. Es war Strafe genug, daß keiner von ihnen den Zuschlag erhielt. Zur Delation aber sollten die Herren vorgemerkt werden! Nicht zu vergessen seien für künftige Fälle die in der Gemeinde wohnenden Herren der Tiefbaufirmen, die sich bereit erklärten, mit 100 000 Mark neben dem üblichen Unternehmergewinn sich zu bescheiden, wenn man ihnen Gelegenheit gibt, ihren „Gemeinnutz“ zu betätigen.

Aus der 96. Gemeindefolge (Schwedter Straße 284) kommt eine Klage, die sich gegen Mängel des Schulgebäudes richtet. Vor längerer Zeit wurden die Mängel dieser Schule auf ihre Feuergefährlichkeit geprüft, und zwar unter Hinzuziehung des Brandmeisters aus der Feuerwache in der Oberberger Straße. Damals wurde angeordnet, daß in dem Schulhause die nach der Straße hinausführende Tür während des Unterrichts nicht verschlossen sein dürfe. Für den Ausgang nach dem Hof wurde eine bauliche Aenderung gefordert: Die äußere Tür sei so einzurichten, daß sie nicht nach innen, sondern nach außen schlägt, und der Ausgang sei, weil zu schmal, zu verbreitern. Ferner wurde für nötig gehalten, im dritten Stockwerk einen Notausgang anzulegen. Bisher sind aber an dem Schulhaus die baulichen Aenderungen nicht ausgeführt worden. Auch wird die Tür nach der Straße nicht immer während des Unterrichts unverschlossen gehalten. Sollte der Feuerpolizei-Sachverständige inzwischen anderen Sinnes geworden sein?

Gelagt wird auch über die Unzulänglichkeit der Klosettanlage. In unseren Gemeindefolgen wird bezüglich der Klosetts möglichst festgehalten an dem sittsamen Brauch, von den Herren die Damen zu sondern nach dem Satz: „Geh Du linkswärts, laß mich rechtswärts gehen“. Da aber dem Kollegium der 96. Schule früher nur eine einzige Dame angehörte, so erparie man es sich hier, für das weibliche Geschlecht ein besonderes Klosett einzurichten. Der einen Lehrerin wurde anheimgestellt, nötigenfalls bei der Frau Rektorin zu assistieren, und das machte ja auch nicht viel aus, solange es bei dieser einen Dame blieb. Später kamen aber zu der einen fest angestellten Lehrerin noch etliche andere Damen, die für ein paar fehlende Lehrer als Vertreterinnen eingestellt wurden. Da ist z. B. ein Lehrer wegen Krankheit seit langem beurlaubt, da hat man

zwei anderen Lehrern eine beträchtliche Ermäßigung ihrer Stundenzahl gewährt, weil sie nebenbei die Handelsschule besuchen, da war zeitweise ein Lehrer zu vertreten, der als Reservelehrer eine militärische Übung mitgemacht hatte. Immer wurde die Vertretung hauptsächlich durch Lehrerinnen besorgt, und immer häufiger melbten sich dann auch die Damen bei der Frau Rektorin zu Gast, bis — es der Frau Rektorin zu viel wurde.

Aber auch die Herren sind keineswegs zufrieden mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Mafsst. Es befindet sich in einer und derselben Reihe mit den für die Schüler bestimmten Mafsst und ist gegen diese durch eine Scheidewand abgegrenzt, die nicht bis zur Decke hinaufreicht. Da soll es vorgekommen sein, daß Jungen sich des Vergnügens machten, über die Wand hinweg den nebenan sitzenden Herren Lehrer höchst respektvoll bei seinem Geschäft zu beobachten. Es läßt sich denken, daß das keine angenehme Situation für einen Lehrer ist. Das Kollegium hat bereits an dasjenige Mitglied der Schuldeputation, das für diese Schule als Hausinspizient bestellt ist, die Bitte gerichtet, eine Abänderung des als ungehörig empfundenen Zustandes herbeizuführen. Die Lehrer wünschen, daß ihnen im Keller ein besonderes Mafsst eingerichtet werde. Bis jetzt ist ihrem Wunsch die Gewährung versagt geblieben, und sie warten noch immer darauf, daß es anders werde. Aber allen diesen Mängeln, die wir hier aus der 98. Schule aufgezählt haben, wird vielleicht jezt, wo sie durch uns öffentlich festgenagelt worden sind, sehr schnell abgeholfen werden.

Der Hofbesuch der Heilsarmee. „General“ Booth, der 82-jährige Spekulationstüchtige Obermänn der Heilsarmee, fühlt das Bedürfnis, in nächster Woche wieder mal der sündigen Reichshauptstadt einen Besuch abzustatten, das Hauptquartier zu inspizieren und im Hiesigen auch eine der bekannten Klammern mit Pauken und Trompeten abzuhalten. Der den alten zappelnden Herrn jemals gehört und die sanftmütige Verständigung seiner Anhänger gesehen hat, der weiß, was solcher Besuch für die Heilsarmee zu bedeuten hat. Als Opposition gegen die Berliner Stadtväter, die sich von der Heilsarmee glücklicherweise keine goldenen Wärmer aus der Nase ziehen lassen, werden die hiesigen Heilsarmeesoldaten ihren obersten Kriegsherrn vom Bahnhof Ostlich abholen und mit dem üblichen Strahlenklimbin nach dem Hauptquartier geleiten. Das ist aber noch lange nicht alles. Am einem Abend der stillen Totenmonatswoche soll von der Heilsarmee durch die Straßen des Berliner Zentrums ein großer Fackelzug veranstaltet werden. Die Fackelträger werden also in ihrem öffentlichen Auftreten, das ja leider bei der Polizei einen Skandal findet und weitestgeheftete Kreise anwirft, immer dreist. Um so schärfer muß das vernünftige Publikum gegen den Geist der Verdummung und Geschäftsspekulation protestieren.

Der Leichenfund an der Lutherbrücke ist noch nicht aufgeklärt.

Zu der **Gasexplosion** in der Schlemmerstr. 32, über die wir dieser Tage berichteten, werden wir gebeten mitzuteilen, daß die Explosion nicht durch Anzünden von Licht entstanden ist, sondern daß sich das Gas an den im Laden brennenden offenen Hängelicht entzündet hat.

Ein **Eifersuchtsdrama** hat sich in der Nacht zum Sonntag im Norden Berlins abgespielt. In seiner Wohnung, Adoliner Str. 22, erschloß der 29-jährige Arbeiter Rudolf Schulz seine Geliebte, die 33-jährige Näherin Hedwig Meißner aus der Wiesenstraße 89 und tötete sich dann selbst durch eine zweite Kugel. Schulz unterhielt schon seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit der Näherin Meißner, die von ihrem Manne verlassen worden ist. In den letzten Wochen trieb sich aber das Verhältnis, da Schulz Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Am Sonnabendabend bestellte er seine Geliebte nach seiner Wohnung im zweiten Stock des Vorderhauses Adoliner Straße 22. Die Frau erschien auch, und wahrscheinlich hatten beide eine scharfe Auseinandersetzung, in deren Verlauf Schulz zum Revolver griff. Als man in die Wohnung einbrang, waren beide schon tot. Schulz lag im Bett und seine Geliebte vor ihm. Die Leichen wurden nach Feststellung des Tatbestandes nach dem Schaulause geschafft. Die Näherin Meißner ist eine geborene Wäbner und stammt aus Charlottenburg; Schulz ist ein geborener Berliner.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

Ein schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich gestern nachmittags um 2.45 Uhr in der Brunnen-, Ecke der Straßanderstraße. Ein dort haltender Zug der Linie 35 hatte sich langsam in Bewegung gesetzt, hielt jedoch nach wenigen Metern plötzlich wieder an, da der Schaffner das Haltesignal zum zweiten Male gegeben hatte. In diesem Augenblick wurde er von dem Motorwagen 1262 der Linie 38 (Richtung Gesundbrunnen) angefahren. Der Führer dieses Zuges war in scharfem Tempo die Brunnenstraße entlang gefahren und hatte etwa 60 Meter vor der Haltestelle bemerkt, daß der vordere Zug sich in Bewegung setzte. Da er selbst von seinem Schaffner kein Haltesignal bekommen hatte, fuhr er in scharfem Tempo weiter und holte den vorderen Zug schnell ein. Als dieser nun plötzlich hielt, gab Fahrer Malabé sofort Gegenstrom, doch rutschte der Wagen auf den nassen Schienen weiter und fuhr mit großer Gewalt auf den vorderen Zug auf. Der Anstoß war sehr stark. Die meisten Passagiere wurden von ihren Sitzen herabgeschleudert und erlitten durch die herumfliegenden Wäschblätter der zertrümmerten Fensterscheiben Verletzungen am Kopf und an den Händen. Die Passagiere, die sich auf den Personen befanden, wurden gegen die Hinterwände der Wagen geschleudert und erlitten Quetschungen am Kopf und am Rücken. Selbst der Fahrer des angefahrenen Zuges erlitt einen solchen Stoß, daß er seinen Dienst nicht weiter versehen konnte und sich nach Hause begeben mußte. Dank der umsichtigen Haltung des Fahrpersonals wurde eine Panik unter den Passagieren verhindert, doch waren, wie sich herausstellte, mehrere Fahrgäste bei dem Zusammenstoß erheblich verletzt worden.

Todessturz eines Studenten. Ein schwerer Unfall, der einem jungen Studenten das Leben kostete, hat sich in der Nacht zum Sonntag in der Kaiser-Wilhelms-Akademie zugetragen. Als morgens gegen 8 Uhr der 21-jährige Student Joachim Heinrich Brieß im zweiten Stock einen Abort aufsuchen wollte, wurde er plötzlich von einem Schwindelanfall befallen und stürzte kopfüber aus einem offenkundigen Fenster auf den Hof hinab, wo er mit zerquetsertem Schädel liegen blieb. Obgleich ärztliche Hilfe schnell zur Stelle war, konnte doch nur der bereits eingetretenen Tod festgestellt werden. Die Leiche wurde nach dem Garnisonslazarett transportiert.

Ein **schwerer Straßenunfall** hat sich gestern nachmittags gegen 6 Uhr in der Frankfurter Allee, Ecke der Königsberger Straße, zugetragen. Beim Ueberqueren des Fahrweges kam dort die Witwe Weder, Weidenweg 22 wohnhaft, kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 78 zu Fall und wurde angefahren. Die Verunglückte erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und mußte von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus am Friedebahn geschafft werden.

Das **Wetter** spielte am Sonnabendabend auf einem Rummelplatz in der Volptstraße eine große Rolle. Vor einer Schaulude geriet dort der 29-jährige Tischler Paul Teslic mit dem 33-jährigen Tischler Hermann Sasse aus der Rigar Str. 61 in einen heftigen Streit. Nachdem sie sich hin und her geschlagen hatten, zog Teslic plötzlich sein Taschenmesser und jagte es dem Gegner in den Bauch, so daß Sasse schwer verletzt zusammenbrach. Teslic wurde sofort verhaftet, während sein Opfer von der Unfallsaktion nach dem Krankenhaus am Friedebahn geschafft wurde.

Zur Sperre des Berliner Viehhofes.

Außer den am Sonnabend festgestellten Fällen von Maul- und Kruppenpest ist die Seuche weiter bei 5 Rindern in den Stallungen des Metzgers Ludwig Schmidt und in einigen anderen Stallungen

festgestellt worden; alle diese Rinder wurden nach dem Viehhof gebracht. Im ganzen sind auf dem Schlachthof Sonnabend 1800 Rinder abgeschlachtet worden, während etwa die gleiche Zahl noch zur Abschachtung gebracht werden muß. Die Veterinärpolizei verlor, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ berichtet, das Vieh bis Dienstag gefahren ist. Die Durchführung dieser Anordnung ist aber schwer möglich und würde jedenfalls mit großem Schaden für die Engrosfleischhändler verbunden sein, da der Fleischvorrat groß ist und alle Fleischklammern voll sind. Die Verfügung über die Abschachtung bezieht sich nicht nur auf Rinder, nicht auf Schweine. Die Desinfektion des Viehhofes, an der 200 Frauen und 80 Männer arbeiten, ist in vollem Gange. Wenn die Arbeit beendet ist und die Sperre aufgehoben werden wird, läßt sich noch nicht sagen.

Im kirurgischen Ambulatorium von Dr. R. Hirsch, NO., Reue Köhler Str. 8, am Königsplatz, findet täglich (auch Sonntags) 1/11—1/12 Uhr eine poliklinische Sprechstunde statt, wo insbesondere angeborene und erworbene Verbiegungen und Verformungen des kindlichen Alters, Gelenkverletzungen, Verwundungen und Geschwülste zur Behandlung kommen.

Bei dem Herbstfeste des ersten Kreises am 5. November im Gewerkschaftshause ist ein Vortragsabend gefeiert worden. Dasselbe ist abgehalten bei Holzmann, Wittenwalder Straße 30, abends von 1/2 8 Uhr an.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ueber einen Fall unerhörter Langsamkeit des Arbeitens der Steuerbehörden berichtet uns ein Rixdorfer Leser unserer Zeitung. Es heißt in dem Schreiben:

Am 23. März d. J. erhielt ich meine diesjährige Steueranmeldung, wodurch mir mitgeteilt wurde, daß ich zu dem Jahressteuereinnahme von 44 M. zur Staatseinkommensteuer veranlagt worden bin. Da dieser Satz zu meinem Einkommen in gar keinem Verhältnis steht, erhebe ich dagegen Einspruch und schickte das Reklamations schreiben am 25. März ab. Die für April—Juni fälligen Steuern von 24,75 M. habe ich pünktlich bezahlt. Bis 1. Juli blieb ich ohne jede Nachricht. Da bis 15. Juli das zweite Steuerquartal fällig war, richtete ich Anfang Juli nochmals ein höfliches Schreiben an die Veranlagungskommission, in dem ich um Beschleunigung der Sache bat und falls dies nicht möglich sei, um eine entsprechende Antwort, damit ich um Erstattung der für das zweite Quartal fälligen Steuern einkommen könne, weil mir die Zahlung dieses hohen Satzes zur Zeit schwer fiel. Inzwischen habe ich auch das zweite Quartal bezahlt. Bis heute bin ich weder im Besitz einer Antwort noch einer Entscheidung. (Die nötigen Unterlagen, Gehaltsbescheinigung usw. hatte ich dem Einspruch am 25. März sofort beigelegt.) Jetzt steht die Zahlung des dritten Quartals vor der Tür und noch keine Antwort. Ich bin der Meinung, daß man auf jedes höfliche Schreiben zum wenigsten eine Antwort erwarten dürfte.

Die im letzten Satz ausgesprochene Ansicht scheint die Rixdorfer Steuerbehörde nicht zu teilen. Hoffentlich wird nun nach Bekanntwerden der geradezu unerhörten Summe dafür gefordert werden, daß der Betroffene entsprechend seinem wirklichen Einkommen abgezahlt wird.

Die **Stadterordnetenwahlen** für die erste Abteilung fanden gestern statt. Ernannt wurden die Kandidaten der vereinigten kommunalen Vereine Dr. Dietrich, Heinrich, Demig, Dr. Müller, Siegelkow, Hildebrandt, Rahmig und Belf.

Wilmerdorf.

Rückblick auf die Stadterordnetenwahlen. So hat nach einem überaus hartnäckigen Kampfe auch die arbeitende Bevölkerung Wilmerdorfs bei den Wahlen am 8. November endlich Breche in die reaktionäre Stadterordnetenmehrheit gelegt. Wird es, was wir hoffen, bei der Stichwahl im Ortsteil Halensee gelingen, dem von unserer Partei unterstützten Demokraten Bloz zum Siege zu verhelfen, dann hat die Sozialdemokratie zwei und die Demokratie drei Vertreter im Stadtparlament. Die Bahn wird frei, um dann endlich den Versuch zu machen, durch Stellung von Anträgen die unglückliche sozialpolitische Rückständigkeit der feuerkräftigsten Stadt im ganzen Preußenstaat zu beseitigen. Schwer genug wird es immerhin werden, das in der Sozialpolitik zurückgebliebene Wilmerdorf zu einem modernen Gemeinwesen zu machen, denn es darf als sicher gelten, daß die Fortschrittler im Stadtparlament häufig der Reaktion die Stange halten. Wie sehr sich die um den Reichstagsabgeordneten und Stadterordneten Büste man gruppieren Herren mit den Reichsverbänden eines Sinnes fühlen, hat ein Wahlflugblatt gezeigt, worin der Wahlschau der fortschrittlichen Vereine zur Wahl desselben Kaufmanns Lüben aufforderte, den die unverschämten Rückständigkeit der Wahl erhoben hatten und der durch ausdrückliche Verleugnung des ihm nachgesagten Liberalismus sich der Reichsverbandsaffiliäre angenehm zu machen suchte. Den offenen Arbeiterfeinden kann man hingegen in gewisser Hinsicht für ihr Vorgehen dank wissen. Der einflussreiche Handwerker- und Gewerbeverein hatte nämlich ein Flugblatt verbreiten lassen, worin die Wahl der durchgefallenen Lüben, Busch und Gehmungsangehörigen der Arbeiterschaft damit empfohlen wurde, daß man ihr die Delegierten der Vaterländischen Arbeitervereine, die kürzlich auf ihrer Wagsburger Tagung den Regierungskampf gegen das Koalitionsrecht forderten, als Ruhestublen präsentierten. Ohne Zweifel hat diese unerhörte Verleugnung auch manchen der sonst indifferenten Arbeiter empört und so wider Willen den Sieg der Sozialdemokratie und der mit ihr vereinigten Demokratie fördern helfen.

Das rechtstehende Wahlblatt sucht die Niederlage der Reaktionäre mit einer Klage über die Laubbildung des Bürgertums zu beschönigen. Dies Argument findet in den Tatsachen aber keine Rechtfertigung. Die reichsverbändlerische Koalition hat mit Hochdruck gearbeitet und durch die bekannten Mittel die meisten Geschäftsmänner, bürgerlichen Beamten und Arbeiter und beschließen mancher der zahlreich im alten Ortsteil wohnhaften Straßenbahner ihren Zwecken dienlich zu machen gewußt. Wenn, wie an unserm Ort die dritte Wählerklasse erst mit dem Steuerjahr von 200 Mark nach oben hin abschließt und über die Hälfte der Wähler dieser Klasse aus Beamten und anderen Personen bestehen, die ihr Brot verdienen, wenn sie rot wählen, dann kann die Arbeiterschaft den Sieg besonders hoch bewerten, weil er unter den ungünstigsten Bedingungen im Kriege mit einem brutal kämpfenden Gegner errungen worden ist.

Zum Schluß noch einiges über die Konsequenz der St. betonen. Ein vom Wahlaustritt der fortschrittlichen Sozialpartei unterzeichnetes Flugblatt empfahl der zweiten Wählerabteilung den Hausbesitzerkandidaten Gustav Rosenbaum mit der Parole „Gegen Leid“. Dem bekannten nationalliberalen Scharfmacher und Vorsteher der Stadterordnetenversammlung wurde mit Recht „absolute Verhöhnung“ für soziale Not und ablehnendes Verhalten gegenüber allen sozialen Erfordernissen“ zum Vorwurf gemacht. Ganz derselbe Herr Rosenbaum besand sich aber auch auf der Liste eines von Nationalliberalen Ortsteilvereinen herausgegebenen Flugblattes, das heftig gegen die Fortschrittler loszog und in dem sachlich richtigen Vorwurf gipfelte, diese hätten der Demokratie und der Sozialdemokratie ein Bündnis im Stadterordnetenwahlkampf angetragen. Ob Herr Rosenbaum mit sich selber im Klaren ist, welcher Partei er angehört?

Steglitz.

Die **Klassenherrschaft** in der Gemeindevertretung trieb am Freitag abend wieder ihre häßlichsten Missetaten. Schon seit Jahren herrscht in weiten Kreisen der Bürgerschaft der Wunsch, den Ueber-

gang von der Volksschule auf die höheren Schulen zu erleichtern. Nach langen „Erwägungen“ teilte nun endlich der Gemeindevorsteher den Beschluß des Schulkuratoriums mit, wonach an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden könne. Es bleibt also dabei, daß Volksschüler erst nach vierjährigem Schulbesuch und einem zu bestehenden Examen in die höheren Schulen aufgenommen werden, während die Schüler der Volksschulen ohne weiteres aufgenommen werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird mit 18 gegen 11 Stimmen die Behandlung der von und schon berichteten Gehaltserhöhung des Gemeindevorstandes in öffentlicher Sitzung abgelehnt. Zur Speisung von bedürftigen Schülern im Winter wurden 1000 M. bewilligt, nachdem ein Antrag des Genossen H. Mann auf 2000 M. abgelehnt war. Die Jugendschriftenkommission des hiesigen Lehrereins beantragte Bewilligung von 300 M. zwecks Veranstaltung einer Jugendschriftenausstellung. Genosse H. Mann beantragte hierzu, die gleiche Summe zu dem gleichen Zwecke auch dem Bildungsausschuss der Arbeiterschaft zu bewilligen und zu Zweck der Ausstellung ein Zimmer des Rathauses zur Verfügung zu stellen. Er wies darauf hin, daß die hiesige Arbeiterschaft schon, bevor der Lehrerverein daran dachte, Jugendschriftenausstellungen veranstaltet und die erheblichen Kosten bisher aus eigenen Mitteln bestritten habe. Was dem Lehrerverein recht sei, müsse dem Bildungsausschuss billig sein. Aber da kam er schon an. Der Rietervereinsvertreter Korkhaus belam einen Nachkampf, seine Fraktionsgenossen Radtke und Gennert trübten sich mit Sünden und Fäulen gegen den Antrag, der doch nur bezwecke, den Arbeiterkindern sozialdemokratische Vorteile auf Gemeindegeldern zu beschaffen. Unterstützt wurden die Herren vom Gemeindevorsteher Kirchner und von der Hausbesitzerpartei, der wohl dem Rieterverein allein die Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht überlassen wollte. Der Antrag H. Mann wurde natürlich gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Bei Gelegenheit der Beschlußfassung über den Neubau einer Gemeindegeldschule in der Friesenstraße gelobte Genosse H. Mann die Sparrout der Gemeindevorteilung, wenn es sich um die Volksschüler handle. Schon längst hätte der jetzt geplante Bau begonnen werden müssen, um den jetzt wieder zutage tretenden Mängeln vorzubeugen. Zahlreiche Klagen von Eltern seien ihm darüber zugegangen, daß ihre Kinder in den gesundheitsgefährlichen Baracken untergebracht seien und daß andere Kinder einen halbtägigen Schulweg zurücklegen müßten. Rietervereinsler und Hausbesitzer wetteiferten auch hier wieder, ihr Wohlwollen für die Volksschulen, die nirgends so gut wie in Steglitz seien, ins hellste Licht zu stellen und die Vorzüglichkeit der Baracken zu betonen. Hauptsächlich Herr Korkhaus vom Rieterverein fand die „Schulpaßillone“ geradezu entzückend.

Ueber die Konsum- und Genossenschaftsfrage sprach in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins unter lebhaftem Beifall Genosse Siebel-Berlin. Die sich anschließende Diskussion war eine sehr rege, vielfach wurden Detailsfragen erörtert. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die in Gemeinschaft mit der Friedenauer Agitationskommission für den Konsumverein arbeiten möge, um die Errichtung einer oder zweier Verkaufsstellen für Steglitz in die Wege zu leiten. — Dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß das letzte Sommerfest einen Ueberüberschuss von 181 M. gebracht hat, der zu gleichen Teilen den dabei beteiligten Adressaten überwiesen wurde. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, 25 M. dem Jugend- und Bildungsausschuss zur Errichtung eines eigenen Jugendheims zu überweisen.

Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß am 15. November eine öffentliche Frauenversammlung im Wirtensalldchen stattfindet.

Aus **Grum** über den Tod seines Sohnes hat der Gärtner Hermann Haeffler, Schützenstraße 17, Hand an sich gelegt. Vor nicht langer Zeit starb der erwachsene Sohn des G. nach kurzem Krankentage. Der Vater hing mit solcher Liebe an seinem Kinde, daß er seitdem schwerkränklich wurde. Der Bedauernswerte wurde von seiner Frau, die Entläufe in Berlin besorgt hatte, bei der Rückkehr erhängt aufgefunden.

Mariendorf-Ländchen.

Aus der **Gemeindevertretung**. Nachdem die Wahl des Genossen H. Hermann für gültig erklärt worden, fand dessen Einführung statt. Mit ihm ist der vierte Sozialdemokrat ins Dorparlament eingezogen und damit die dritte Abteilung besetzt. — Einen dreiten Raum nahm wieder einmal das Projekt des Volksparks in Anspruch. Der Gemeindevorsteher verlas einen von den meisten der bürgerlichen Vertreter eingebrachten Antrag, den bisherigen Plan, das für den Preis von 480 000 M. angekaufte 48 Morgen große Gelände zur Schaffung eines Volksparks zu verwenden, wieder fallen zu lassen. Herr Rosch führte aus, daß für einen Volkspark nur ein Terrain in Frage kommen könne, das für jedermann sichtbar, also an der Verkehrsstraße gelegen sein müsse. Um das in Aussicht genommene Terrain in eine solche zweckmäßige Form zu gestalten, sei der Ankauf von weiteren Grundstücken nötig; für diese würden jedoch bei weitem zu hohe Preise gefordert. Dieser ursprüngliche Plan — ein „Kind ohne Kopf“, wie er sehr treffend bezeichnet wurde — war das Geistesprodukt des Herrn — Gemeindevorstehers Westphal. Und was tat Herr Westphal nun zur Rettung seines Kindes? Er gab es kamplos preis und empfahl, den oben erwähnten Antrag zum Beschluß zu erheben! Unsere Genossen gaben sich die erdenkliche Mühe, um die Antragsteller zur Zurücknahme des die örtlichen Interessen schädigenden Antrages zu bewegen. Sie wiesen nach, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, in dem äußerlich so armen Orte etwas zu schaffen, was den Aufenthalt angenehm zu machen geeignet ist. Anderwärts müßten durch Anwendung erheblicher Mittel erst künstliche Wasseranlagen geschaffen werden, hier seien aber solche schon vorhanden. Genosse Reichardt beantragte, da für eine Erweiterung des ersten Planes keine Stimmung vorhanden, nimmhe den Ausbauplan des Volksparks in der zuerst beschriebenen Weise zur Ausführung bringen zu lassen. Die Mehrheit ließ sich dazu aber nicht bewegen und beschloß, das Projekt fallen zu lassen. Nachdem noch einigen illegitimen Unternehmungen für ihre rein eigennützigen Veranstaltungen, z. B. dem hiesigen Gefäßgelächter-Verein, gegen die Stimmen unserer Genossen Beifall und Gemeindegeldern gewährt worden waren, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Lichtenberg.

Ein **Unfall**, wobei fünf Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden, ereignete sich in der Gießerei der Aktiengesellschaft H. P. Gadez aus Anlaß der Explosion eines neu aufgestellten Kupfrofens. Die das Lichtenberger Ortsteilblatt am 8. November mitteilte, sollte der Unfall auf die Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit der Arbeiter zurückzuführen sein. Demgegenüber wird uns berichtet, daß der neu aufgestellte kupferne Ofen am ersten Tage gut funktioniert, am zweiten Tage jedoch beim Abkühlen das Unglück eintrat. Das Abkühlen war jedenfalls durch erkaltes Eisen verfehlt; bevor weiteres geschah, wäre es notwendig gewesen, den Ventilator des Ofens abzustellen, wodurch das Unglück hätte abgemindert oder vermieden werden können.

Wie kann hier von Ungeschicklichkeit und Unbedachtsamkeit der Arbeiter die Rede sein, wenn man bedenkt, daß beim Herumspielen von flüssigem Eisen jeder Arbeiter sich in Sicherheit zu bringen sucht. Es wird auch darüber lebhaft Klage geführt, daß zu wenig Hilfskräfte bei diesen Arbeiten zur Verfügung stehen. Nach den Unfallverhütungsvorschriften müssen zwei Mann am Stiel der Pfanne platziert sein. In diesem Betriebe tragen sich zwei Arbeiter gegenseitig das Eisen heran, während in anderen Betrieben auch Hilfsarbeiter zur Verfügung gestellt werden. Sollte also nicht allzu große Sparsamkeit mit dazu beitragen, daß sich die Unfälle in diesem Betriebe so mehren? Auch betonen die Arbeiter, daß bei der Aufstellung der weiteren Ofen die nötigen Vorkehrungen außer acht gelassen werden, um die Arbeiter eventuell durch herabfallendes Material vor Unfällen zu schützen; diese Stellen müßten zum mindesten abgesperrt werden. Auch aus anderen Abteilungen sind in letzter Zeit verschiedene Unfälle zu verzeichnen, so im Drüben, wo sich an der Stange mehrere Arbeiter

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Am Donnerstag, den 10. November, abends 6 Uhr, im großen Saale bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Beschlußfassung über die Verschmelzung der Lokalkasse und Einführung der Hauskassierung vom 1. Januar 1911. 2. Wahl der Delegierten zu der am 20. November stattfindenden Hauskonferenz. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Da es sich in dieser Versammlung geradezu um die Lebensfrage unserer Sektion handelt, ist es unabwiesbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. S. H. H. Neumann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1987.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr: Monats-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Deutscher Humor von Goethe bis zur Gegenwart“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Mitteilungen gemacht werden, wird um vollständiges Erscheinen ersucht. 125/1

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, 9. November, abends 7 Uhr: Allgemeine Versammlung aller in Schraubensabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den gegenwärtigen Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion. Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung wird Ihnen die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Forderungen mitgeteilt. Es ist notwendig, da auch wichtige Beschlüsse gefaßt werden, daß Sie alle zu der Versammlung kommen. Niemand darf fehlen. Die Vertretungsliste und die Mitglieder der einzelnen Verhandlungskommissionen werden ersucht, um 6 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses zu erscheinen.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Donnerstag, 10. November, abends 8 Uhr: Monats-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Deutscher Humor von Goethe bis zur Gegenwart“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Mitteilungen gemacht werden, wird um vollständiges Erscheinen ersucht.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß Metallarbeiter-Notizkalender für 1911 a 60 Pf. bei den Bezirkskassierern und im Bureau zu haben sind. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Bautischler.

Dienstag, den 8. November cr., abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Branchenversammlung für Berlin und Vororte im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal IV.

Tages-Ordnung: 1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. Referent: Kollege Glocke. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Tischler (Bezirk Südwesten).

Donnerstag, den 10. Novbr., abends 8 Uhr (gleich nach Feierabend), in „Nabels Brauerei“, Bergmannstr. 5/7: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Scharfmacherpläne gegen die Gewerkschaften“. Referent: Redakteur Kayser. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Modell-u. Fabrikfischer u. Modelldrechsler

Donnerstag, den 10. November, abends pünktlich 8 Uhr: Branchen-Versammlung im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 93/2

Sport-Restaurant Treptow am Ringbahnhof.

Saal und Nebenräume vollständig renoviert. Zu festlichen noch an einigen Sonntagen frei. Angenehmer Familienaufenthalt. Richard Linder.

Bei Krüger u. Co. Leipzig V. 1. Band I von Ungert, Die Sünden der Päpste im Spiegel der Geschichte. 2 Bände a 3. — Keine Schmähschriften! Prospekt in Briefen gratis.

Verantwortl. Redakteur: Carl Dermuth, Berlin-Nikdorf. Für den

Schneiderei für elegante Herren-Moden

Fertig und nach Mass. — Garantie für tadellosten Sitz und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 Mk. an.

J. Kurzberg Rosenthalerstr. 40

direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.

Gummiwaren

aller Art. Anfr. erb. Gummi-Grosso-Haus C. A. Growald, Charlottenbg.-Bld. 37, P.-A. 2. Versand auch an Private.

Arbeiter-Bildungsschule.

Dienstag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im Schul-lokal, Grenadierstraße 37:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Wahl des Vorstandes, der Unterrichtsvertreter, der Revisoren und der Ordner. 5. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge müssen bezahlt werden. 6/15*

6/15*



Ick schwöre auf Blendol das beste flüssige Metallputzmittel

In Glasfl. zu 10, 15 u. 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbräu

Arztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.

Flasche 10 Pf.

Überall käuflich.

Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

Die Vorzüge, die JOSETTI VERA Cigaretten

anderen Marken gegenüber aufweisen, sind so augenscheinlich und erheblich, daß sie jeder urteilsfähige Raucher erkennt. Daß sie allen Kennern für qualitative Beurteilung von Cigaretten ihrer Preislage vorbildlich geworden sind, ist jedenfalls das allerbeste Zeugnis für den hohen Grad ihrer Güte.

Josefetti Vera o. M., m. M. u. m. Gold
10 Stück 30 Pf.

Aromatisch Kräftig Ergiebig

Bären-Kaffee

Aromatisch Kräftig Ergiebig

überall käuflich.

Konsum-Genossenschaft von Adlershof u. Umg.

(G. G. m. b. H.) Mittwoch, den 16. November 1910 (Sabbat), nachmittags 3 Uhr:

General-Versammlung

im „Adlershofer Garten“, Adlershof, Bismarckstraße 60 (am Bahnhof). Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1909/10. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Berichterstattung des Aufsichtsrates. 4. Genehmigung der Bilanz. 5. Entlastung des Aufsichtsrates und Vorstandes. 6. Verteilung des Reingewinnes. 7. Neuwahlen von Aufsichtsratsmitgliedern. 8. Beschlußfassung betreffend Ausgabe der 2. Serie Hausanteile. 9. Statutenänderung. 10. Sonstige Anträge. 107/8*

Anträge zur Generalversammlung müssen bis zum 5. November 1910 in den Händen des Vorstandes sein. Nach dem Turnus scheiden vom Aufsichtsrat aus: Julius Poransky, Grünau; Wilhelm Dürre, III-Bienitz; Richard Schulze, Ober-Schönweide und Otto Peßler, Erfter Kreiswählscheitel aus: Karl Schneider, III-Bienitz. Die Genossen sind wieder wählbar.

Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert. Stimmrecht besitzt nur dasjenige Familienmitglied, welches die Beitrittserklärung unterschrieben hat. Vertretungen können nicht statfinden. Der Vorstand.

Hermann Hildebrandt. Wilhelm Kohl. Max Jacobsen.

J. NEUMANN CIGARREN-FABRIKEN

BERLIN-BEGRÜNDET 1850-HAMBURG

GRAND PRIX Goldene Medaille BRÜSSEL 1910

Herstellung feinsten deutscher Cigarren in eigener Hamburger Fabrik

SPECIAL FAVORITAS - 8 4 DRECKOSAS - 10 4 JOCELES - 12 4

MARKE CORTESIAS - 15 4 INVICTOS - 18 4 CELESTIALES 25 4

In 100 Niederlagen gleiche Qualität zu gleichen Preisen

Die beste Küche für Hochzeiten finden Sie in den

Sophien-Sälen u. Pracht-Sälen Alt-Berlin

C. 54, Sophienstr. 17/18 Blumenstr. 10
Tel. III. 2763. Inhaber: Paul Baatz. Tel. VII. 3095.

20 Säle und Vereins-Zimmer mit moderner Bühnen, 50-1500 Personen fassend, an Sonnabenden und Sonntagen noch frei. 1484L*

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

